

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die vierspaltige Zeitspalte ober deren Raum 50 Pfg.  
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

I.

### Parteien und wirtschaftliche Organisationen.

hr. Die Mitglieder des Bundes der Landwirte sind fast ausnahmslos Deutsch-Konservative, die Angehörigen der Vereinigung deutscher Bankier und Bankiers werden wohl, soweit sie sich politisch betätigen, vornehmlich der national-liberalen Partei angehören. Die Mitglieder des Hansabundes finden sich zunächst bei der Fortschrittspartei und bei den Linksnational-liberalen, die Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Industrieller sind zum größten Teil freikonservativ und rechtsnational-liberal, während die im Bunde deutscher Industrieller Vereinigten zur national-liberalen oder zur fortschrittlichen Volkspartei gehören dürfen. Die mit den Interessen der katholischen Kirche stark Verbundenen fühlen ihre Vorteile in der Zentrumspartei gewahrt. So sehen wir überall gewisse politische Ausdrucksformen für unpolitische, insbesondere für wirtschaftliche Interessenvereinigungen. Innerhalb der Arbeiterklasse, deren Mitglieder immer mehr zur Erkenntnis gelangen, daß ihre wirtschaftlichen Interessen gegen das Unternehmertum die richtige Vertretung nur in den Gewerkschaften finden können, treffen wir auf eine mit den Gewerkschaften durchaus nicht zusammenfallende Partei, auf die Sozialdemokratie. Es gibt sicherlich in Deutschland Hunderttausende Mitglieder der Gewerkschaften, die bewußte Angehörige der Sozialdemokratie sind, und es gibt eine weit größere Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern, die, ohne der Sozialdemokratie formell anzugehören, wenn sie nach politischem Ausdruck suchen, so bei Wahlen, der Sozialdemokratie ihre Stimme geben. Wir finden eine hunderttausendköpfige Vereinigung der Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsmitglieder, und wir finden auch bei den führenden Personen der Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Partei eine, wenn auch nicht für alle Fälle schlußfassende, aber doch vielfach in Erscheinung tretende gleichzeitige Zugehörigkeit zur Gewerkschaft und zur Sozialdemokratie.

Das ist durchaus nicht erstaunlich. In einem Lande, das seit fast einem halben Jahrhundert das allgemeine Wahlrecht besitzt, das durch die dem Volke auferlegten Lasten, durch seine Gesetzgebung und durch seine Verwaltung alle Glieder des Volkes zur politischen Betätigung anregt, müssen die Arbeiter, die zum Widerspruche gegen die Gesetzgebung und Verwaltung vielfach Anlaß finden, nach politischem Ausdruck ringen. Es ist ebensowenig erstaunlich, daß die Arbeiter sich gewerkschaftlich organisieren, wie man sich nicht wundern darf, daß sie sich politisch organisieren. Man würde es als hellen Wahnsinn werten, falls die Arbeiter zum Zentralverband deutscher Industrieller oder zum Hansabund streben würden, ebenso würde man es für einen selbständig denkenden Arbeiter sehr schwer verstehen, wenn er ohne Terrorismus, aus freien Stücken und nach wirklicher Ueberlegung für einen Deutsch-Konservativen oder für einen National-liberalen bei den Wahlen seine Stimme abgeben würde.

Wir sehen, daß die Arbeiterschaft, politisch und gewerkschaftlich, viel Veranlassung zur Organisation hat; sie hat aber nicht nur aus Rücksicht auf die der Arbeiterschaft ungünstige Auslegung und Anwendung der Gesetze durch Gerichte und Polizeibehörden eine Scheidung politischer und wirtschaftlicher Tätigkeit durch ihre ganze Geschichte stets für notwendig erachtet, sie hat auch in dem Prinzip der Arbeitsteilung immer eine Gewähr größten Erfolges der verschiedenen Organisationen gesehen. Die Arbeiterklasse hat in weit höherem Maße als das Bürgertum die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen von der Vertretung der politischen Interessen getrennt und jede selbstständig. Wohl hat der Bund der Landwirte als politischen Ausdruck die konservative Partei, doch treibt er selbst ununterbrochen Politik, ja er hat auch ganz selbständig seine Mitglieder politisch organisiert, politische Zeitungen geschaffen, selbst Kandidaten zu den Parlamenten aufgestellt, die Wahl-agitation für diese Kandidaten geführt und die finanziellen Mittel für zahlreiche Wahlwerber zum Teil oder vollständig aufgebracht. Ebenso sehen wir, daß die wirtschaftlichen Interessen-Verbindungen des im Gewerbe, Industrie und Handel sich betätigenden Bürgertums ununterbrochen und ungehört Politik gemacht haben, in der mannigfaltigsten Weise auf die Gesetzgebung und auf die Organe der Verwaltung eingewirkt haben, Wahlprogramme aufgestellt und Wahlkosten übernommen haben. Von all diesen Beziehungen spricht selbst das größte Spähgenie nicht, nur daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften die von ihnen selbst gezogenen Grenzlinien vielleicht einmal nicht in peinlichster Weise eingehalten haben, ist die Sorge beamteter und nichtbeamte-

ter Feinde der Arbeiterklasse. Doch wir wollen über diese Bemühungen hier nicht handeln, wir wollen lediglich aus den Entstehungsursachen, dem Wesen und den Zielen der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften klarstellen, daß sie tatsächlich bei aller Notwendigkeit für den einzelnen, der sozialdemokratischen Partei wie der Gewerkschaft anzugehören, durchaus wesensverschieden sind, andere Aufgaben, Methoden, Kampfmittel und Erreichungsmöglichkeiten haben. Dieser Darstellung und Beweisführung, die damit gleichzeitig eine Aufklärung dessen werden soll, was Sozialdemokratie und Gewerkschaft für die Arbeiterklasse sind und noch werden könnten, sind die nachfolgenden Ausführungen gewidmet.

II.

### Warum organisieren sich Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich?

Die Unzufriedenheit mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Erkenntnis, daß alle Versuche des Einzelnen, seine Lage innerhalb des Betriebes zu verbessern, aussichtslos, ja gefährlich sind, die Erkenntnis, daß das Zusammenarbeiten der im Betriebe Beschäftigten eine Gemeinschaft schafft, deren Zerstörung für den Unternehmer überaus schädlich, deren Erfüllung mit dem gleichen Wunschen einer Besserstellung für die Arbeiter und Arbeiterinnen vorteilhaft sein könnte, ergibt das Streben nach einer Willenseinheit und nach gemeinsamem Willensausdruck. So ergibt sich die Erkenntnis, daß so gleichgültig für den Unternehmer der Widerstand des einzelnen, so wichtig, ja entscheidend für ihn der Widerstand der in seinem Betriebe vereinten Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Diese zu einer Gemeinschaft zusammenzufassen, erscheint den Arbeitern und Arbeiterinnen schon als ein bedeutungsvolles Mittel des Widerstandes gegen Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung und schlechte Behandlung, sie erkennen auch diese Einheit als ein Mittel der Verbesserung ihrer Lage, der im rechten Augenblicke zu ermöglichenden Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und der Arbeiterinnen innerhalb des Betriebes. Da diese Erkenntnis doch bald von der weiteren untergraben wird, daß auch die Gemeinschaft der im Betriebe zusammenwirkenden ersetzbar wird durch andere Arbeiter und Arbeiterinnen des gleichen Berufes oder der nämlichen Handfertigkeit und Übung, so kommen die Arbeiter und Arbeiterinnen zu der Erkenntnis, daß es nicht genügt, die in ihrem Betriebe wirkenden Arbeiter und Arbeiterinnen des gleichen Berufes zu gemeinsamer Willensäußerung und Zielsetzung zu vereinigen, daß es notwendig werden wird, auch ihre eigene Ersetzbarkeit dem Unternehmer als unmöglich zu erweisen, daß man also den Kreis der Organisierenden auf alle Berufsgenossen im Orte und in der weiteren Umgebung, in der Provinz, im Lande, im Reiche, ja vielleicht über die Grenzen des Reiches auszudehnen hat. Ebenso kommen diese Arbeiter und Arbeiterinnen zu der Erkenntnis, daß nicht eine momentane Willenseinheit und Kraftäußerung, sondern eine dauernde Willensvertretung und Zielsetzung wenigstens allgemeiner Art notwendig sei, um immer über die Gemeinschaft der Berufsgenossen verfügen zu können, um stets alle Voraussetzungen gemeinsamen Tuns oder Lassens dem Unternehmer gegenüber zu besitzen, sobald sich die für einen Erfolg günstigen Voraussetzungen einstellen. Es wächst in dieser dauernden Gemeinschaft der Arbeiter und Arbeiterinnen die Erkenntnis, daß bestimmte Regeln und Methoden für die Auseinandersetzungen mit den Unternehmern notwendig werden; auch die Wichtigkeit eines finanziellen Rückhaltes für die Arbeiter und Arbeiterinnen wird erkannt, um bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, um bei Notlagen anderer Art, um vor allem bei der gemeinsamen Verweigerung der Arbeit finanziell gerüstet zu sein, d. h. um möglichst weitgehende Unterstützungsmöglichkeiten sichern zu können.

So ergibt sich, daß die Gewerkschaften zur dauernden Verbindung von Lohnarbeitern und Arbeiterinnen des gleichen Berufes oder der gleichen Industrie-gruppe werden, vor allem zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zur Hintanhaltung jeder Verschlechterung.

Wohl wird die Gewerkschaft auch in mannigfachen anderen Beziehungen zugunsten der Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie gewährt Rechtsschutz, sucht dem Bildungsbedürfnis ihrer Mitglieder zu genügen, berücksichtigt den Wunsch nach Gerechtigkeit. In mannigfacher Hinsicht gewährt die Gewerkschaft Vorteile den sie bildenden Arbeitern und Arbeiterinnen, aber doch bleibt als Hauptzweck, als der Kitt, der all diese einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen zur festen und dauernden Geschlossenheit miteinander verbindet, der Will-

essere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, jede Verschlechterung hintanzuhalten. Alle anderen Betätigungen der Gewerkschaft für ihre Mitglieder sollen direkt oder indirekt dieser wichtigen, für das Gewerkschaftswesen entscheidenden Aufgabe dienen.

(Fortsetzung folgt.)

## Arbeiterschutz an den Holzbearbeitungsmaschinen.

Die Anregung unseres Verbandsvorstandes, gleichzeitig überall im Reiche Versammlungen zu veranstalten, in denen die mit der Arbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen verbundenen Gefahren besprochen und die Mittel zu deren Beseitigung erörtert werden, ist auf guten Boden gefallen. In der Woche vom 8. bis 15. Februar haben in den meisten Zahlstellenorten derartige Versammlungen stattgefunden. Hunderte von Rednern haben das Thema behandelt, Zehntausende von Kollegen haben ihren Worten gelauscht und schließlich der vorgeschlagenen Resolution zugestimmt.

Aus vielen Orten sind uns Berichte über den Verlauf der Versammlungen zugegangen. Diese Berichte im einzelnen wiederzugeben, gestattet uns der Raum unseres Blattes nicht. Wir müssen es uns auch versagen, einzelne Orte zu nennen. Die Zahl der starbeseuchten Versammlungen, die sich durch Vortrag und anschließende Diskussion zu imposanten Kundgebungen für intensiveren Unfallschutz gestalteten, ist so groß, daß die Hervorhebung einzelner ein Unrecht gegen die anderen wäre, die nicht genannt werden. Aus mehreren Orten ist allerdings auch berichtet worden, daß der Besuch der Versammlung den gehegten Erwartungen nicht entsprach, das sind aber Ausnahmen, die den Gesamteindruck nicht beeinträchtigen können. Das Interesse der Kollegen für den Unfallschutz ist wieder mächtig angeregt. Verschiedentlich haben die Versammlungen auch Veranlassung, Unfallschutzkommissionen an solchen Orten zu errichten, wo diese Einrichtung bisher nicht bestand.

Das Bedürfnis hierfür liegt eigentlich in allen Orten vor, in welchen Holzbearbeitungsmaschinen im Betrieb sind. In erster Linie obliegt es der Lokalverwaltung bezw. der Sektionsleitung der Maschinenarbeiter, die Funktion einer solchen Kommission auszuüben. Deren Aufgaben sind in dem kürzlich veröffentlichten Rundschreiben der Zentralkommission der Maschinenarbeiter deutlich umschrieben worden. Die Unfallschutzkommission soll an ihrem Ort die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften, sowohl durch die Unternehmer als auch durch die Maschinenarbeiter selbst, überwachen. Sie soll als die örtliche Zentralfstelle für Unfallschutz stets über den Zustand der Maschinenräume und der einzelnen Maschinen unterrichtet sein. Ihr sind in erster Linie vorhandene Mängel zu berichten. Die Unfallschutzkommission soll sich bemühen, diesen Mängeln abzuhelfen, nötigenfalls durch Beschwerden bei den Aufsichtsbehörden. Notwendig ist aber auch die Aufrechterhaltung einer ständigen Verbindung mit der Zentralkommission der Maschinenarbeiter in München.

Nichts ist dem Unfallschutz förderlicher, als das Bekanntwerden der Zahl und der Art der Unfälle. Die Berichte der Berufsgenossenschaften, in welchen die Unfälle registriert werden, wirken, sehr gegen den Willen ihrer Verfasser, aufreizend. Die Unfall-Berufsgenossenschaften hätten eigentlich von ihrem Standpunkt aus ein lebhaftes Interesse daran, daß die Ergebnisse ihrer Tätigkeit vornehmlich in den Kreisen der versicherten Arbeiter bekannt würden. Den meisten Genossenschaftsvorständen scheint aber eine kritische Besprechung ihrer Berichte in der Arbeiterpresse unangenehm zu sein. Nur die Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft sendet uns regelmäßig ihren Jahresbericht zu. Unsere Bemühungen, auch von den anderen für die Holzindustrie in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften die Jahresberichte, die durch den Buchhandel nicht bezogen werden können, zu erhalten, waren vergeblich. Immerhin enthalten die amtlichen Zusammenstellungen der wichtigsten Zahlen aus den einzelnen Berichten manches wertvolle Material. Als Ergänzung dieses Materials soll die vom Verbandsvorstand fortlaufend aufgenommene Unfallschadensstatistik dienen, deren Ergebnisse im Jahrbuch des Verbandes veröffentlicht werden. Bisher hat diese Statistik nicht die Beachtung bei den Kollegen gefunden, die sie verdient. Hoffentlich bewirkt der Anstoß, den das Interesse für vermehrten Unfallschutz durch die neueste Aktion des Verbandes erfahren hat, auch nach der Richtung, daß künftig die Berichte über vorgekommene Unfälle zahl-

reicher beim Verbandsvorstand eingehen, als das bisher der Fall war. Auch für unsere Unfallstatistik gilt der Satz, daß sie um so wertvoller wird, je vollkommener das Material ist, auf welches sie sich stützt.

Bekanntlich waren die Versammlungen nur ein Teil der vom Verbandsvorstand unternommenen Aktion zur Verbesserung eines intensiveren Unfallschutzes. Außerdem wurde noch eine Petition an Reichstag und Bundesrat gerichtet, und in besonderen Rundschreiben sind den Gewerbeinspektoren und den Berufsgenossenschaften, deren Mitglieder in ihren Betrieben Holzbearbeitungsmaschinen verwenden, die Wünsche der Arbeiter nach dieser Richtung unterbreitet worden. Von den Berufsgenossenschaften haben nur einige auf das Schreiben reagiert, dagegen sind von den Gewerbeinspektoren eine größere Zahl von Zuschriften beim Verbandsvorstand eingegangen, auf welche noch in anderem Zusammenhang einzugehen sein wird. Während einige Gewerbeinspektoren sich lediglich auf die Empfangsanzeige beschränken und andere auf die ihnen vorgesezte Behörde, als die zuständige Stelle verweisen oder aus dienstlichen Gründen einen schriftlichen Meinungsaustausch ablehnen, sind es eine ganze Reihe von Gewerbeaufsichtsbeamten, die in längeren Schreiben auf die Anregungen des Verbandsvorstandes eingehen und diese sympathisch begrüßen.

Mehrere Gewerbeinspektoren weisen hierbei auf ein Moment hin, welches so wichtig ist, daß es auch hier erwähnt werden muß. Nämlich die Klage, daß den Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen öfters von den Arbeitern nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das ist ein Vorwurf, dem leider die Berechtigung nicht ohne weiteres abgesprochen werden kann. Gewiß wird häufig die Schuld für die Nichtbenutzung von Schutzvorrichtungen usw. den Arbeitern zugeschoben, wo ein tieferes Eindringen in die tatsächlichen Verhältnisse ergeben würde, daß die Schuld den Unternehmer trifft, der vielleicht nicht die Mißachtung der Vorschriften direkt angeordnet, aber durch sein Verhalten zu erkennen gegeben hat, daß er es nicht gern sieht, wenn durch die Anbringung von Schutzvorrichtungen Zeit verloren geht.

Nicht selten sind auch die Fälle, in welchen völlig unerfahrene Arbeiter, die aber den Vorzug haben, billig zu arbeiten, an die gefährlichen Maschinen gestellt werden und hier die elementarsten Unfallverhütungsvorkehrungen außer acht lassen. Es läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß es Arbeiter gibt, die in voller Kenntnis der Gefahr, in die sie sich begeben, vorhandene Schutzvorrichtungen nicht benutzen. Mancher tut das, um zu renommieren, andere lehnen neue Schutzvorrichtungen ab, in der vorgefaßten Meinung, daß sie nichts nützen oder bei der Arbeit hindern, obwohl sich die Vorrichtungen tatsächlich gut bewährt haben. In anderen Fällen ist es nur Leichtsin und Gleichgültigkeit; die geringe Mühe, welche das Anbringen der Schutzvorrichtung erfordert, wird, vielleicht um Zeit zu ersparen, gescheut, ohne der Gefahr zu gedenken, die dadurch hervorgerufen wird.

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß solche Gleichgültigkeit gegen die Gefahr bei organisierten Maschinenarbeitern in der Regel nicht anzutreffen ist. Unsere Kollegen haben aber die Pflicht, nicht nur selbst mit gutem

Beispiel voranzugehen und die Unfallverhütungsvorschriften auf das peinlichste zu beachten, sie müssen auch nach dieser Richtung eine strenge Kontrolle über ihre Nebenarbeiter ausüben und Verstößen gegen die geltenden Vorschriften ruhig aber entschieden entgegen treten. Für die Gegner eines ausreichenden Schutzes der Maschinenarbeiter ist der Hinweis auf die Gleichgültigkeit der Arbeiter eine wertvolle Waffe. Wenn wir auf diesem Gebiete Fortschritte erzielen wollen, dann müssen wir allen Fleiß anwenden, ihnen diese Waffe aus der Hand zu schlagen.

### Ein Jahr nach Coburg.

Von der Zentralkommission der Korbmacher wird uns geschrieben:

Reichlich ein Jahr ist verfloßen seit der Korbmacherkonferenz in Coburg und es erscheint angebracht, zu prüfen, inwieweit die dort gefaßten Beschlüsse in die Wirklichkeit umgesetzt sind. Die bei der Zentralkommission eingegangenen Jahresberichte geben ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der Kollegen in den einzelnen Orten. Der schriftliche Verkehr der Sektionen mit ihrer Zentralkommission ist bedeutend lebhafter geworden als in früheren Jahren; auch die Zahl der gesandten Jahresberichte ist von 88 auf 61 gestiegen. Hier zeigt sich deutlich die nachhaltige Wirkung der Coburger Konferenz.

Die Agitation unter den deutschen Korbmachern hat sich die Zentralkommission besonders angelegen sein lassen. Sie hat ein Flugblatt: „An alle Korbmacher im ganzen Lande“ herausgegeben, und in einer Reihe von Orten Agitationsversammlungen abgehalten. Auf Drängen der Zentralkommission wurden in allen Gauen, wo Korbmacher in nennenswerter Zahl vorhanden sind, Agitationsversammlungen abgehalten, mit Berufscollegen als Referenten.

Die Agitation wird leider bei unseren Sektionen nicht immer in genügendem Maße betrieben. So hat beispielsweise in Chemar, mit 88 Korbmachern, 11 Hilfspersonen und 25 Lehrlingen, im ganzen Jahre eine einzige Versammlung stattgefunden. Auch in Eisleben ist im ganzen Jahre nur eine Versammlung zustande gekommen, bei 51 dort beschäftigten Kollegen. In Alen und Gölzig mit je 26 Korbmachern wurde überhaupt keine Versammlung abgehalten. Die Kollegen dieser Orte sollten einmal ernstlich darüber nachdenken, ob das die richtige Art ist, eine intensive Agitation zu entfalten zur Gewinnung der Kollegen für unseren Verband, und um die Gewonnenen in ihrem Interesse am Verbandsleben zu festigen.

Die Arbeitszeit bei den deutschen Korbmachern ist noch sehr lang. Die längste hat Obernkirchen mit 80 Stunden wöchentlich; dann folgt Alen mit 66 und Wettin mit 65 Stunden. In 24 Orten ist eine Arbeitszeit von 59 bis 60 Stunden üblich, 25 Orte arbeiten 55 bis 58 Stunden, und nur zehn Orte zeigen 51- bis 54 stündige Arbeitszeit. Daß der Verdienst dort am geringsten ist, wo die längste Arbeitszeit vorhanden, trifft auch hier wieder zu. Der Gesamtdurchschnittsverdienst eines deutschen Korbmachers, berechnet nach den eingegangenen Jahresberichten, betrug 1913 21,80 Mk. pro Woche.

Ein Mindestlohn ist erst in 15 Orten durchgesetzt. Auch das Werkstattvertrauensmännersystem ist in einer Reihe von Orten noch gar nicht, in vielen noch mangelhaft eingerichtet. Branchenkommissionen sind erst in 17 Orten vorhanden. Eine ganze Anzahl, zum Teil bedeutende Korbmacherorte würden

durch die Wahl solcher Kommissionen eine bedeutende Verbesserung des Interesses am Verbandsleben herbeiführen.

Die letzte Militärvorlage hat auch die Anschaffung von mehreren 100 000 Stück Geschloßkröben bedingt, die im Submissionswege zur Vergebung gelangt sind. Dadurch wurde eine größere Anzahl Kollegen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands auf Monate hinaus beschäftigt. Die Zentralkommission hat eine Umfrage über die Bedingungen veranstaltet, unter welchen diese Arbeiten ausgeführt werden. Das Material ist in einem umfangreichen Schriftstück dem Vorsitzenden der Reichstagskommission für die Beratung der Novelle zur Änderung des Submissionsverfahrens zur geeigneten Benützung überandt worden.

Der Beschluß der Coburger Konferenz, betreffend die Abhaltung von Bezirkskonferenzen einzelner Spezialbranchen, wobei in erster Linie die Korb- und Flechtbranchen ins Auge gefaßt war, hat die Zustimmung des Verbandsvorstandes nicht gefunden. Die Kollegen der Korb- und Flechtbranche werden nun mit Hilfe ihrer Zentralkommission sich über die weiteren zu unternehmenden Schritte verständigen müssen. Der Lohn ist gerade in dieser Branche von allen anderen der niedrigste, er beträgt in den zwölf in der geschlagenen Branche maßgebenden Orten im Durchschnitt 16,90 Mk. die Woche, bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 59 Stunden. Trotz ihrer äußerst niedrigen Verdienste haben die Kollegen im vorigen Jahre keinerlei Versuche unternommen zur Verbesserung ihrer Lage, nur Neuzelle hat durch Streik einen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Fürstberg und Guben erreichten durch ihren bis 1916 laufenden Tarifvertrag einen Aufschlag von 10 Pf. pro Korb. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Kollegen der geschlagenen Branche einen energischen Anlauf nehmen würden, ihre etwa 500 in Betracht kommenden Mitarbeiter bis auf den letzten Mann dem Holzarbeiter-Verband zuzuführen, damit sie in die Lage kommen, ihre jammervollen Erwerbsverhältnisse wenigstens um soviel zu verbessern, daß sie den übrigen Branchen gleichkommen.

Die Konjunktur in der deutschen Korbindustrie war im allgemeinen als gut zu bezeichnen. Nur in Coburg-Dichtensfeld hat sich die Wirtschaftskrise auch in der Korbindustrie stark fühlbar gemacht. In vielen Werkstätten wurde verkürzte Zeit gearbeitet und trotzdem war noch eine größere Anzahl Arbeitsloser vorhanden.

Ein sehr wichtiger Faktor ist die Verhinderung der Lehrlingszucht, welche in Coburg gegenwärtig in Reinkultur betrieben wird. Eine im Dezember v. J. vorgenommene Statistik ergab, daß in 64 Betrieben 338 Arbeiter und 160 Lehrlinge beschäftigt wurden. Vor drei Jahren brachte eine Unternehmerrzeugung die Mitteilung, daß in Coburg die Lehrlingshaltung einen erschreckenden Umfang annahm, damals waren es aber erst 50 Lehrlinge. Es ist die höchste Zeit, daß sich die Deffentlichkeit mit dieser Angelegenheit befaßt, damit die Coburger Bevölkerung auf die Folgen der unverantwortlichen Lehrlingszucht deutlich hingewiesen und rechtzeitig gewarnt wird. Die Frauenarbeit wird gleichfalls herangezogen, um den Unternehmergewinn zu vergrößern, indem neben 288 auf Bestellung beschäftigten Korbmachern noch 30 Mädchen als Heimarbeiterinnen zum Wickeln der Stuhlgestelle beschäftigt werden. Wenn auch die Gesamtzahl der im Holzarbeiter-Verband organisierten Korbmacher gegen das Vorjahr gewachsen sein dürfte, so beweisen die vorstehend geschilderten Tatsachen doch, daß wir alle Ursache haben, unsere ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen.

Unsere Arbeitgeber sind seit einiger Zeit besonders rührig, sie sind auf dem besten Wege, sich alle in einer ein-

### Aus dem Leben August Bebels.

wk. Die Klassenbewußte Arbeiterchaft Deutschlands und aller modernen Länder der Welt hat keinem ihrer Vorkämpfer soviel zu verdanken, wie August Bebel. Er hat dem gesamten Proletariat das Banner vorangetragen, um das sich heute Millionen und aber Millionen scharen. Er wies die rechten Wege in den Anfangsjahren, als die Arbeiterbewegung noch dem gärenden Sauerreig gleich, er half die politische Parteiorganisation ins Leben rufen und erfüllte sie mit dem Geiste des Klassenkampfes, er stand auch an der Wiege der Gewerkschaftsbewegung. Und wenn die beiden Arme des großen Stromes der sozialistischen Bewegung, die so eng aufeinander angewiesen sind, so gewaltig erwuchsen, daß heute keine Macht der Welt sie mehr bezwingen kann, so hat daran keiner ein größeres Verdienst als August Bebel.

Die allgemeine Verehrung, die in den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht minder, als in den politischen Organisationen, dem vor einem halben Jahre verstorbenen großen Arbeiterführer entgegengebracht wird, läßt es nicht zu, daß wir schweigen, wenn ein Anlaß gegeben ist, dieses Mannes in Dankbarkeit zu gedenken. Ein solcher Anlaß ist der Geburtstag Bebels, der 22. Februar. Wir können Bebel, der an diesem Tage das 74. Lebensjahr vollendet haben würde, keine Wünsche mehr entgegenbringen, keine Aufmerksamkeit mehr erweisen, denn er weilt nicht mehr unter uns. Aber er selbst hat uns — im Lode noch — an seinem Geburtstag eine Gabe beschied, die uns alle hocherfreut, die uns Anregung und Belehrung in reichem Maße bietet und uns neu bestärkt in dem Botschaft, das glänzenden Beispiel nachzueifern, das Bebel in einem Leben voller Kämpfe der Welt der Arbeiter gegeben hat. Es ist der dritte Band der Lebenserinnerungen August Bebels.

Der erste Band, der die Jugendzeit und die ersten Jahre der öffentlichen Tätigkeit Bebels umfaßt, erschien vor vier Jahren. Der zweite Teil, der sich auf die ereignisreiche Periode von 1869 bis 1878 bezog, ließ er vor zwei Jahren folgen. Der dritte sollte der umfangreichste und interessanteste werden, denn sein Jahrbuch sollte die bedeutendsten Ereignisse umfassen, in welcher die deutsche Arbeiterklasse mit dem Ausnahmeseher Schmiedewollen Angedenkens bis zum Ende gelangt wurde. Bebel hat des öfteren den Wunsch geäußert, daß es ihm möglich sein möchte, diesen dritten Band noch fertigzustellen. Ein vollständiges Bild der Kämpfe zu geben, in denen er mit seiner Armee trotz

schwerer Opfer Sieger blieb, würde ihm die größte Genugtuung bereitet haben.

Der Wunsch Bebels ging nicht in Erfüllung. In der eifrigen Vorarbeit für den dritten Band war er gerade bis zum Jahre 1882 gelangt, als ihm der unerbittliche Tod die Feder aus der Hand nahm. Aber das, was Bebel über das erste Drittel der ausnahmeseher Zeit zu erzählen hatte, bildete einen in sich abgeschlossenen großen Abschnitt des ganzen Wertes. Dadurch erleichterte sich die Aufgabe von Karl Kautsky, den Bebel testamentarisch mit der Herausgabe des Buches, soweit er selbst es fertig brachte, beauftragt hatte. Das reiche Material, das Bebel für die weitere Fortsetzung des Wertes vorbereitet hat, wird hoffentlich der breiteren Deffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Das uns vorliegende Buch ist in dem ansprechend einfachen und markanten Stil geschrieben, der Bebel eigen war. Wie die beiden ersten Bände, so ist auch dieser nicht zu vergleichen mit dem, was sonst von großen Männern und solchen, die es sein möchten, an „Memoiren“ der Deffentlichkeit unterbreitet zu werden pflegt. Bebels Erinnerungen sind eine Parteigeschichte. Das kann nicht anders sein bei einem Manne, dessen ganzes Leben so sehr mit der Partei verknüpft war und so vollständig in der Parteiarbeit aufging wie das Bebels. Er war die Seele der Partei von deren ersten Entwicklungsjahren an, bis zu seinem Lode. Aber er war sie nie in so hohem Grade, wie in den zwölf Jahren des Ausnahmeseheres. Das geht mit aller Deutlichkeit aus dem neuen Buche hervor, obgleich Bebel mit weitgehender persönlicher Zurückhaltung die Rolle schildert, die er in diesen Kämpfen gespielt. Für den, der in der Parteigeschichte einigermaßen bewandert ist, sind die großen Zeitereignisse jener Jahre, an die Bebel anknüpft, nicht neu. Von besonderem Reiz ist es aber, sie in dem Lichte der Erfahrung Bebels zu betrachten, die Eindrücke und Stimmungen kennen zu lernen, über die der im Vordergrund stehende große Kämpfer berichtet.

Der Band beginnt mit einer knappen Darstellung der scharfen Redeschlacht, die am 19. Oktober 1878 im Reichstag mit der Annahme des Sozialistengesetzes endete. Trotz der heftigsten Gegenwehr wurde die kleine sozialdemokratische Fraktion und mit ihr die gesamte Partei vergewaltigt. Bebel aber faßte auf der Heimreise, erfüllt von Ingrimm, den Entschluß, nicht zu ruhen, um den Zweck des Gesetzes zu vereiteln. Und er ist diesem Entschluß treu geblieben, so schwer es auch zunächst schien, ihn durchzuführen. Die ersten Wirkungen des Gesetzes waren nicht dazu angetan, den Mut der Führer zu stärken. Bebel tritt selbst der Darstellung entgegen, als seien damals die Führer die Kopflosen gewesen und als hätten die Massen die Partei retten müssen. Wohl habe es unter den Führern Marodeure gegeben, für

die er übrigens Entschuldigungsgründe gelten läßt, aber auch in den Massen herrschte vielfach Niedergeschlagenheit und Tatlosigkeit.

Die zentrale Parteiorganisation löste sich sofort nach der Annahme des Gesetzes auf. Die Gewerkschaften wurden samt und sonders, ausgenommen allein die der Buchdrucker, von der Polizei aufgelöst. Dasselbe Schicksal widerfuhr den Bildungs-, Gesang- und Turnvereinen, deren Leiter irgendwie sozialdemokratisch anrühlich waren. Die gesamte Partei- und Gewerkschaftspresse, ausgenommen wieder nur das Blatt der Buchdrucker, wurde verboten, desgleichen fast die ganze Broschürenliteratur der Partei. Wurden schon dadurch zahlreiche Existenzen ruiniert und Arbeiterfamilien brotlos gemacht, so kam bald noch dazu die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes, zunächst über Berlin, später über Hamburg und andere Städte, womit die Ausweisung zahlloser Familien ins Ausland verbunden war. Für diese Opfer des Gesetzes galt es, zu sorgen, und das ließ sich Bebel, der nach der Auflösung der Zentralkommission die Kassengeschäfte an sich genommen hatte, in erster Linie angelegen sein. Mit welcher Umsicht die Schwierigkeiten das namentlich in der ersten Zeit verbunden war, muß man in Bebels Darstellung im einzelnen nachlesen. Für die Regierung und die Schaffmacher, die vergebens darauf warteten, daß sich die Anhänger der Partei der Brutalitäten durch Unbesonnenheiten zu erwehren versuchen würden, war es eine bittere Enttäuschung, als die Partei bei den ersten Erfagwahlen, die unter dem Ausnahmeseher notwendig wurden, den Kampf in Ehren bestand. Innerhalb der Partei erwachte unter dem Eindruck der Wahlerfolge der Trost, und so schritt man denn bald zur Gründung einer neuen Presse, die freilich im Auslande erscheinen mußte, wenn sie nicht sofort dem Verbot verfallen sollte. Im September 1879 erschien in Zürich die erste Nummer des „Sozialdemokrat“, der zunächst von Vollmar, später von Bernstein geleitet wurde. Bebel und Liebknecht behielten ihren Wohnsitz in Leipzig, nach ihrer Ausweisung in Borsdorf, hielten aber von dort aus bei allen Parteidaktionen die Zügel in der Hand. Bebel insbesondere hielt dauernd Fühlung mit Marx und Engels in London, und von hohem Interesse sind die zahlreichen abgedruckten Briefe, die er mit Engels über die Entstehung des „Sozialdemokrat“, die Besetzung der Redaktion und ihre taktische Haltung wechselte. In jenen Zeiten, in denen jedes unbedachte Wort den Führern der Bewegung im Inland Unheil bringen konnte, war es nicht leicht, den richtigen Ton zu finden. Die immer in den freundschaftlichsten Formen gehaltenen Briefe Bebels an Vollmar in Zürich zeigen, daß es zu mancherlei Meinungsverschiedenheiten kam, doch gelang es Bebel, der für die Anschauungen und Stimmungen der im Auslande lebenden Freunde volles Verständnis bezeugte,

\* Aus meinem Leben. Von August Bebel. Dritter Teil herausgegeben von Karl Kautsky. Leipzig von J. F. P. Neumann, Neudamm.

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beauftragt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Schleier, Maschinisten und Hilfsarbeitern** nach Breslau (Waggonfabrik Vinte-Hofmann-Werke), Grevesmühlen, Torgelow, Willkau in Sachsen, Aßeln in Holland, Genf.
- Stuhlbaucn und Polsterern** nach Neuhausen i. Sa. (Otto Seifert), Willkau i. Sa.
- Partettlegern** nach Hannover (Mühl).
- Berggoldern, Grundlerern, Verzicern und Farbglmachern** nach Clattbrugg bei Zürich (Welters).
- Stellmachern** nach Breslau (Waggonfabrik Vinte-Hofmann-Werke).
- Korbmachern** nach Donnern (Stinkel, Aufderheide), Geestmünde (Adams), Schiffsdorferdamm bei Geestlinde (Müller), Kristiania in Norwegen, Stockholm.
- Rammern** nach Griesheim (West).
- Wästenmachern** nach Neuwied a. Rh. (Loeb).

zigen großen Organisation zusammenzufinden. Der Zeitpunkt ist vielleicht nicht mehr allzufern, wo auch die Unternehmer der Korbindustrie versuchen werden, uns ihren Willen aufzuzwingen. Dann aber wird der Kampf ernster, dann steht die Macht gegen die Macht, und nur eine gutorganisierte, im gewerkschaftlichen Kampfe erprobte Kollegenchaft ist solcher Kraftprobe gewachsen. In den Korbmachern liegt es, ihre Organisation so auszugestalten, daß sie im gegebenen Falle den Vorstoß des Gegners kraftvoll abwehren kann.

Die Zentralkommission hat im verfloßenen Jahre für die Korbmacher getan was in ihren Kräften und ihrer Befugnis stand. Die deutschen Kollegen haben nun aber auch die Pflicht, in derselben Weise und mit gleichem Eifer tätig zu sein, damit der Organisationsgedanke in immer weitere Kreise getragen wird. Die Agitation in den einzelnen Orten, wo noch organisationsfähige Kollegen vorhanden sind, muß entschieden intensiver werden.

### Stimmen zum Verbandstag.

Die Wünsche, welche für den nahenden Verbandstag laut werden, sind zum Teil recht unüberlegt. Dem Kollegen Milde will ich nur vor Augen führen, welsch traurige Ergebnisse die Verhandlungen zeitigen würden, wenn wir gar keine Beamten mit praktischen Erfahrungen im Verbandsleben zum Verbandstage entsenden würden. Diejenigen Kollegen, welche so warnen für eine Altersunterstützung eintreten, würde die Ausarbeitung eines Voranschlags leicht von der Undurchführbarkeit ihrer Ideen überzeugen. Derartige Anträge an den Verbandstag würden den Gang der Verhandlungen nur unnötig aufhalten. Hier müssen wir nur darauf hinwirken, daß die Alters- und Invalidenversicherung besser ausgebaut wird. Die Einführung einer Pensionskasse, wie Kollege Blättermann vorschlägt, wäre wohl bei der „Vollfürsorge“ zweckmäßiger angebracht. Der Ver-

regelmäßig, die gebührende Rücksichtnahme auf die Verhältnisse im Inlande zu erreichen. Bei allem Rebellenstolz, der ihn erfüllte, verließ ihn doch nie die kühle Ueberlegung, und so war er es, der fast ständig die Sprache des „Sozialdemokrat“ dämpfte, um nicht unnütz den Schergen des Bismarckschen Gewaltregiments Opfer über Opfer auszuliefern.

Die interessantesten Partien des Buches sind die über die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ auf dem Schmutzwege und die Kämpfe mit der deutschen Polizei. Bebel als der „Merggefährlichste“ erfreute sich natürlich der polizeilichen Aufmerksamkeit in besonderem Maße. Die vielen Episoden, die Bebel über polizeiliche Verfolgungen auf Agitationstouren und Geschäftsreisen, in Eisenbahnwagen und auf Spaziergängen erzählt, catbtehen für den Leser nicht des heiteren Einflusses, wie sie aber auf den wirkten, der von ihnen betroffen wurde, geht aus Bebel's Worten hervor: „Noch heute steigt mir das Blut zu Kopse, gedenke ich jener Zeiten.“ Wir erfahren weiter genaueres über die zahlreichen Prozesse, die Bebel besonders 1882 durchzuführen hatte. Das Fazit dieses Jahres bestand in fünf Monaten Gefängnis. Wir gewinnen tieferen Einblick in den Verlauf des Wüdener Kongresses, erfahren, wie die falsche Meldung vom Tode Bebel's im Herbst 1882 bei den Freunden im Ausland wirkte, werden hineingeführt in den sächsischen Landtagskampf von 1881, in dem Bebel Sieger blieb. Auch die allgemeinen Reichstagswahlen in demselben Jahre sind von hohem Interesse, entschieden sie doch die bange Zweifelsfrage, ob die Partei im Kampfe mit ihren Widersachern ihre Position behaupten werde oder nicht. Sie behauptete sie. Zugleich führt uns Bebel in den Reichstag, in dem neben den Kämpfen um die Unfallfürsorge alljährlich erbitterte Angriffe auf die Regierung wegen der aller Menschlichkeit höhnsprechenden Handhabung des Ausnahmegesetzes erfolgten. Mit dem Einzug Bebel's und Liebknecht's in den sächsischen Landtag vernahm auch dieser die Anklagereden der Führer der verfolgten Partei.

Da Druck befanntlich Gegendruck erzeugt, nahm mit der Dauer der Herrschaft des Gesetzes der Eifer der Parteimitglieder wieder zu. Man erlangte Uebung darin, den polizeilichen Schikanierungen ein Schnippen zu schlagen. Die geheimen Versammlungen in Wald und Feld und wohl-abgelegenen Wirtschaften kamen in Schwung und zu geordnetes Parteileben begann sich zu entfalten. Dann ging es wieder aufwärts. Sowohl mit der Partei wie mit der Gewerkschaftsbewegung, die neu ins Leben trat. Schlag auf Schlag wurde den Machthabern verseht, bis schließlich im Jahre 1890 das Ausnahmegesetz zertrümmert und sein Urheber zerschmettert am Boden lag. Daß dieses Ziel erreicht wurde, dazu hat keiner in dem Maße beigetragen, wie August Bebel.

band hat höhere Aufgaben zu lösen. Die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung kann ich nur bekräftigen. Es wird kaum ohne Beitragserhöhung möglich sein, eine solche ist jedoch sehr schwerlich durchzuführen. Das beste wäre es sein, wenn die Zahlstellen ihren eigenen Verhältnissen entsprechend, einen höheren Lokalbeitrag erheben, um die angesteuerten Kollegen, wie dies schon in verschiedenen Zahlstellen eingeführt ist, noch einige Wochen vor dem schlimmsten zu bewahren. Das beste Mittel, der Arbeitslosigkeit entgegenzusteuern, ist und bleibt die Arbeitszeitverfängerung. Die Verbeiführung derselben ist, wie die Erfahrung gelehrt hat, nur durch schwierige Kämpfe möglich. Deshalb müssen wir das Verbandsvermögen immer mehr zu vermehren trachten und es nicht lediglich durch Unterstützungseinrichtungen ausbrauchen. Nur wenn wir uns von frischem Kampfesmut leiten lassen, können wir bessere Zustände schaffen.

Rudolf Dittrich, Zeulenroda.

Der nächste Verbandstag wird sich voraussichtlich eingehend mit dem Ausbau der Arbeitslosenunterstützung zu beschäftigen haben. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der Verband nicht allein für die arbeitslosen Kollegen zu sorgen hat, sondern vor allem für die Fehung der wirtschaftlichen Lage der Gesamtheit der Kollegen. Die Arbeitslosenunterstützung ist jetzt fast zehn Jahren in Kraft und wir sind mit der seinerzeit beschlossenen Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. pro Woche gut gefahren. Jetzt ist es aber an der Zeit, die Unterstützung auszubauen, und ich schlage vor, die Unterstützung auf neun Wochen zu verlängern und eine weitere Klasse mit 12 Mk. pro Woche einzuführen. Wenn es erforderlich ist, müßte der Beitrag um 5 Pf. pro Woche erhöht werden, denn der Kampffonds sollte durch die Erhöhung der Unterstützung nicht angegriffen werden. Denn wenn man in Arbeit steht, soll man ruhig ein Opfer bringen, man erhält es dann in der Not doppelt und dreifach zurück. Ohne Opfer geht es nun einmal nicht. Selbst wenn die Reichsarbeitslosenunterstützung eingeführt würde, müßten doch die Lohnanteil die Arbeiter tragen, und da würden wir wohl mit 10 oder 15 Pf. nicht davonkommen. Obiges trifft auch für die Reisunterstützung zu; sie kostet uns pro Kopf und Woche 1 Pf., deshalb kann man sich den Anträgen nur anschließen pro Kilometer 5 Pf. und pro Tag 1,25 Mk. zu zahlen. Sollte man sich für eine Beitragserhöhung nicht erwärmen, so mache ich den Vorschlag, die Krankenunterstützung von 13 Wochen auf neun Wochen zu reduzieren. Gegen Krankheit hat jeder Gelegenheit sich zu versichern, aber leider gegen die schreckliche Arbeitslosigkeit nicht.

P. Pflüge, Leipzig.

Die Einführung einer Altersunterstützung im Verbands wäre sehr zweckmäßig. Wie oft wird in der Zeitung bekanntgegeben, daß wieder Kollegen, welche 18 bis 20 Jahre in einem Betriebe tätig waren, auf das Straßenspaster gesetzt wurden und so langsam ihrem Hungertode entgegensehen. Sollte für solche Kollegen nicht ein Pfennig übrig sein? Aber solche Sachen finden beim Hauptvorstand kein Gehör. Man kann schon daraus ersehen, wie hoch unsere alten Mitglieder eingeschätzt werden, daß von unseren Beamten auf dem Verbandstage geäußert wurde, daß Kollegen vor 50 Jahren das meiste verdienen. (Einige Lebenswürdigkeiten“ an die Adresse der Beamten, die hier folgen, haben wir gestrichen. Wir vermeiden es nach Möglichkeit, die Einsendungen der Kollegen zu glossieren. Deshalb ist auch kürzlich die Bemerkung in einem „Eingelapdt“, wonach sich ein Beamter auf dem Verbandstage in der angegebenen Weise geäußert habe, obwohl sie handgreiflich unrichtig ist, unwidersprochen durchgegangen. Wir können es aber nicht zulassen, daß solche falsche Behauptungen wiederholt, verallgemeinert und zum Ausgangspunkt einer nur verbitternd wirkenden Polemik gemacht werden. Die Redaktion.)

Wie wäre es denn, wenn unsere Beamten ihre Angelegenheitenversicherungsbeiträge allein bezahlen und so aus den Zuschüssen, welche aus der Hauptkasse gezahlt werden, ein Unterstützungsfonds gegründet würde, da doch sämtliche Mitglieder von ihrem Arbeitsverdienst ihre Verbandsbeiträge auch bestreiten müssen. Auch wäre es angebracht, daß unsere Beamten in Zukunft bei Agitationsreisen etwas sparsamer umgingen und bloß 6 Mk. Zehrgeld und Reise vierter Klasse vergütet wird, da sie doch ihr Gehalt weiter beziehen. Und so wäre es vielleicht möglich, daß auch ohne Beitragserhöhung für unsere alten Veteranen gesorgt würde, damit sie nicht ihre letzten Lebensstage im Armenhause verbringen müßten und ihnen noch das Wahlrecht geraubt wird. Aber wer trägt Schuld daran? Unsere Angestellten sorgen zuerst für sich; für unsere Mitglieder nur dann, wenn was übrig bleibt. Darum wähle keiner einen Beamten zum Verbandstage.

Ernst Schulze, Fürstenberg a. O.

Zur Verlängerung des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung möchte ich darauf hinweisen, daß es auch in Berlin Kollegen gibt, die glauben, daß bei 1 Mk. Beitrag für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit Unterstützung gezahlt werden könnte. Dabei hat mancher Kollege die Extrabeiträge vom Jahre 1907 noch nicht bezahlt und wundert sich, wenn ihm diese von der ihm zustehenden Unterstützung abgezogen werden. Wenn in Berlin jeder Kollege die Woche 1,50 Mk. Verbandsbeitrag bezahlen würde, könnten wir einmal daran denken, jedem Kollegen Arbeitslosenunterstützung zu zahlen bis er Arbeit bekommt. Die Einführung einer Altersunterstützung im Verband läßt sich sehr leicht durchführen. Ich mache den Vorschlag, daß eine 10-Pf.-Fürsorgemarke eingeführt wird, damit könnte jedem Kollegen von 65 Jahren geholfen werden. Die Kassen dürfen nicht noch mehr belastet werden, wir müssen Pulver sammeln für unsere Kämpfe. Vor allen Dingen müssen solche Kollegen zum Verbandstag geschickt werden, die nicht für die Beamten die Gehälter aufbessern um Grundstücke zu kaufen, sondern um die Lage ihrer eigenen Kollegen zu verbessern.

Otto Krüger, Berlin-Tempelhof.

Daß die Einführung einer Altersversicherung bei den jetzigen Beiträgen nicht möglich ist, selbst dann nicht, wenn der Beitrag um 5 oder 10 Pf. erhöht würde, muß jeder zugeben, der bestrebt ist, etwas wirklich Durchgreifendes zu

schaffen. Da wir doch bei einer Erhöhung der Beiträge in erster Linie gezwungen sind, die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, so würde es richtiger sein, vorläufig eine zwanglose Versicherung einzuführen, wofür jeder seinen Extrabeitrag zu zahlen hätte. Vielleicht würde auch die Hauptkasse einen Beitrag hierzu zahlen. Daß wir früher oder später daran denken müssen, in dieser Angelegenheit etwas zu tun, zeigt uns das Vorgehen der Unternehmer, die doch ähnliche Einrichtungen schaffen, wobei die Kollegen allerdings gleich ihr Koalitionsrecht mit verkaufen, wenn sie diesen Versicherungen beitreten. Wenn es den organisierten Arbeitern möglich war, die „Vollfürsorge“ zu schaffen, deren Wert gewiß nicht verkannt wird, so muß es auch möglich sein, eine Einrichtung ins Leben zu rufen, die verhindert, daß Kollegen, die 60 Jahre und noch älter sind und vielleicht dem Verbands ein Vierteljahrhundert als Mitglied angehören, wandernd die Welt durchziehen müssen, um zu suchen, wo sie sich ihr Brot verdienen können. Sollte eine derartige Einrichtung von einem einzelnen Verbands nicht möglich sein, so wäre es wohl das richtigste, ganze Arbeit zu machen und diese Frage auf dem Gewerkschaftskongress zu diskutieren.

Edm. Friedmann, Sangerhausen.

Meine Anregung, eine Altersunterstützung einzuführen, hat schon eine lebhaftere Aussprache hervorgerufen. Mit der Schaffung einer Pensionskasse als einer besonderen Einrichtung kann ich mich aber nicht einverstanden erklären. Meiner Ansicht nach sollten Kollegen nach einer Mitgliedschaft von 20, 25 oder 30 Jahren, bei einem Alter von 50, 55, 60 oder 65 Jahren eine Unterstützung erhalten in Höhe des niedrigsten Satzes der Arbeitslosenunterstützung. Diese selbst müßte aber um 50 Prozent, auf 9 bis 10 Mk. in der untersten Stufe erhöht werden. Mit einer Erhöhung des Beitrages um 10 bis 20 Pf. ließe sich das durchführen. In der Sache wäre schon viel gewonnen, wenn der Verbandstag den Vorstand beauftragen würde, Material zu sammeln und Berechnungen anzustellen, um die Höhe des für die Einführung der Altersunterstützung erforderlichen Beitrages festzustellen. Die Befürchtung, daß unser Verband durch den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen seinen Kampfescharakter verlieren könnte, ist unbegründet. Die Arbeitslosenunterstützung und die vorgeschlagene Altersunterstützung sind doch im Grunde nur Kampfmittel. Wie der arbeitslose Kollege durch die Arbeitslosenunterstützung davor bewahrt wird, um jeden Preis Arbeit anzunehmen, so bewirkt die Altersunterstützung, daß die alten Kollegen in den Werkstätten den jüngeren Kollegen Platz machen, ganz zu schweigen von der agitatorischen Wirkung einer solchen Einrichtung. Vor allen Dingen erfüllen wir mit der Unterstützung der alten Kollegen eine Pflicht der Dankbarkeit gegen jene, die sich so lange in den Dienst des Verbandes gestellt haben.

Fr. Sandmann, Furtwangen.

### Soziales.

Aus dem Reichstag.

Zum Etat des Reichsamts des Innern gehören eine große Menge sehr verschiedenartiger Einrichtungen. Das bedingt, daß die Einzelberatung dieses Etats gewöhnlich längere Zeit in Anspruch nimmt. Von wichtigeren Fragen, die im Laufe der Beratungen eine Besprechung erfordern, sei der Kindererziehung erwähnt, der bei dem Kapitel „Statistisches Amt“ behandelt wurde. Vor zehn Jahren hat der Reichstag beschlossen, daß eine Erhebung über die Kinderarbeit in der Land- und Forstwirtschaft zu veranstalten sei. Die Regierung hat auch eine solche Erhebung veranlaßt, aber ihre Ergebnisse sind noch nicht veröffentlicht. Im vorigen Jahre hieß es, die Veröffentlichung sei noch nicht erfolgt, weil von mehreren Bundesstaaten das Material noch nicht eingegangen sei. Inzwischen ist das, wie der Staatssekretär mitteilte, von einem Bundesstaat nachgeholt worden, aber zwei sind noch im Rückstand. Das läßt darauf schließen, daß diese Arbeit des Statistischen Amtes noch sehr lange auf sich warten lassen wird. Es handelt sich hier aber auch nur um Arbeiterkinder, die von den Agrariern ausgebeutet werden. Diese Kreise erkennen ein Bedürfnis für Kinderschutz nicht an.

Bei dem gleichen Kapitel wurde erneut auf die Mängel der amtlichen Statistik hingewiesen. Die Regierung weiß, daß die Ergebnisse dieser Statistik falsch sind, sie kann sich aber nicht entschließen, den Gewerkschaften die Möglichkeit zur Mitarbeit an der Statistik zu geben, indem sie die ansöhligen Fragen aus den Formularen beseitigt. Die gesamte amtliche Arbeiterstatistik beruht auf der Mitarbeit der Gewerkschaften, ohne welche sie gar nicht denkbar ist. Aus der Statistik will aber die Regierung nach der Art der Fragestellung Material zur Bekämpfung der Gewerkschaften gewinnen. Daß diese daran nicht mitarbeiten, ist ein Gebot der Selbstachtung. Die Regierung erwägt nun schon seit einer Reihe von Jahren eine Aenderung der Formulare, und sie wird diese interessante Tätigkeit voraussichtlich noch sehr lange fortsetzen. Inzwischen gibt das Reich seifenruhig falsche Statistiken heraus.

Beim Etat des Reichsgesundheitsamtes wurde die Lage des Krankenpflegepersonals besprochen. Eine Resolution, welche eine reichsgesetzliche Regelung des Hebeammenwesens verlangt, wurde angenommen. Ebenso eine solche, welche ein Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren fordert, und eine weitere, die sich auf die Regelung der Arbeitszeit in der Binnenschifffahrt und Flößerei bezieht. Bei diesen Resolutionen muß aber immer beachtet werden, daß zwischen ihrer Annahme und der Verwirklichung der in ihnen geäußerten Wünsche noch ein weiter Weg liegt. Die kürzlich veröffentlichte Liste der Entschuldigungen des Bundesrats zu den Beschlüssen des Reichstages beweist, daß die meisten Resolutionen des Reichstages in dem Papierkorb des Bundesrats verwinden.

Eine sehr gründliche Kritik an den Arbeiterversicherungsgesetzen und deren Handhabung übte der Abgeordnete Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission. Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes fand in dieser Rede eine recht ansprechende, aber leider nur zu begründete Beurteilung. Sehr eingehend besichtigte sich Bauer mit der Krankenversicherung. Die in Frage

kommanden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sind vielfach mangelhaft ausgearbeitet; die Anordnungen des Bundesrats für die Durchführung der Krankenversicherung sind nicht nur zu spät erschienen, sie waren auch unklar und widersprechend. Die unelblichen Szenen, die sich zu Beginn dieses Jahres in vielen Rassenlokalen abspielten, sind größtenteils auf die unzulänglichen Bestimmungen des Bundesrats zurückzuführen. Zu den Mängeln des Gesetzes und den unzulänglichen Ausführungsbestimmungen kommt noch eine schändliche Handhabung durch die Behörden. Der Hauptzweck der Reichsversicherungsordnung war die Entrechtung der Arbeiter in den Rassenklassen und auf die Erreichung dieses Zweckes legen die Behörden das größte Gewicht. Der Präsident glaubte es rügen zu müssen, daß Bauer die Reichsversicherungsordnung einen Hohn auf die kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890 genannt hatte. Aber deshalb ist das Wort doch richtig; zur Charakterisierung der Reichsversicherungsordnung ist es sogar noch recht milde gewählt. Die Verechtigung der Beschwerden, die auch von anderer Seite vorgebracht wurden, konnte von den Vertretern der Regierung nicht bestritten werden, der Staatssekretär hatte dafür nur den Trost, daß das Gesetz sich einleben werde und sich dann auch die Beschwerden vermindern würden.

Beim Kapitel Aufsichtsamt für Privatversicherung wurde an den Einrichtungen der Angestelltenversicherung Kritik geübt. Dann gab es eine Debatte über die Volksversicherung. Als Konkurrenz gegen die von den Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufene „Volksfürsorge“ haben eine Anzahl privater Versicherungsgesellschaften die Deutsche Volksversicherung gegründet, der aber wiederum von den öffentlich-rechtlichen Versicherungen eine unangenehm empfundene Konkurrenz gemacht wird. Diese „nationalen“ Versicherungen führen unter wohlwollender Billigung der Behörden einen, nichts weniger als anständigen Kampf gegen die „Volksfürsorge“, ohne allerdings der letzteren ernstlichen Schaden zufügen zu können. Aber daneben liegen sie sich selbst gegenseitig in den Haaren, sehr zum Kummer aller braven „Patrioten“, welche die „Volksfürsorge“, als eine Schöpfung der organisierten Arbeiterklasse, am liebsten unterdrückt sehen würden. Die Aussprache über die Volksversicherung, bei welcher die Abgeordneten Hildenbrand und Heine die Sache der „Volksfürsorge“ führten, kann dieser nur zum Vorteil gereichen.

Der Reichsbeitrag für die Olympischen Spiele war in der Budgetkommission abgelehnt worden, was in der „patriotischen“ Presse große Entrüstung ausgelöst hat. Im Plenum wurden bei der Beratung dieses Titels die Schifanen ausführlich besprochen, mit welchen die Arbeiter-sportvereine verfolgt werden. Der Beitrag wurde übrigens schließlich bewilligt, da das Zentrum, dessen Vertreter in der Kommission gegen die Forderung gestimmt hatten, im Plenum eine große Zahl von Jagagern stellte.

Von den zum Etat des Reichsamts des Innern beantragten Resolutionen wurde eine solche, welche eine Erhebung über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der Großindustrie verlangt, angenommen. Dieser Beschluß hat praktisch nur geringe Bedeutung, denn bis zur Durchführung dieser Erhebung und von da bis zur Herbeiführung durchgreifender Schutzbestimmungen ist noch ein weiter Weg, der wohl schwerlich so bald zurückgelegt werden wird. Kennzeichnend für die Arbeiterfreundlichkeit der Reichstagsmehrheit ist die Ablehnung des Antrages auf vermehrten Schutz der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen, der von den Sozialdemokraten eingebracht war. Die von der gleichen Seite beantragte Resolution auf Aufhebung der das Koalitionsrecht einschränkenden Bestimmungen wurde gleichfalls abgelehnt.

Für die Beratung des Etats des Reichsjustizamtes sind die Klagen über die Klassenjustiz das hervorsteckendste Moment. Die Tätigkeit der Justizbehörden sorgt auch fortwährend dafür, daß für solche Klagen der Stoff nicht ausgeht. Der Staatssekretär erlebte aber diesmal die Genugung, daß ihm die Stelle eines sechsten Reichsanwalts beim Reichsgericht bewilligt wurde, nachdem sie der Reichstag im Vorjahre abgelehnt hatte. Sehr ausführlich wurde der Fall der Frau Hamm besprochen, die wegen Totschlages an ihrem Ehemann zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, von denen sie bereits sechs Jahre verbüßt hat. Obwohl ihre Unschuld sehr wahrscheinlich ist, sehen die Justizbehörden der Wiederaufnahme des Verfahrens die größten Schwierigkeiten entgegen.

Die allgemeine Aussprache über den Marineetat zeitigte das Ergebnis, daß die bürgerlichen Parteien mit der Fortsetzung des Beiträgens völlig einverstanden sind. Der von der englischen Regierung ausgesprochene Gedanke einer Verhängung über die Einschränkung des Baues von Kriegsschiffen findet an den maßgebenden Stellen in Deutschland keine Gegenliebe. So verschwenderisch das Reich beim Flottenbau im großen ist, wo es sich um die Bezahlung der Arbeiter handelt, da wird auf das äußerste gespart. Vorwürfe nach dieser Richtung wurden, wie schon oft, so auch diesmal wieder erhoben. Die Marineverwaltung weiß diesen Vorwürfen nichts entgegenzusetzen als die Versicherung ihres Wohlwollens gegen die Arbeiter. Nur schade, daß diese von dem Wohlwollen allein nicht satt werden.

Eine Ueberraschung bedeutete die von der Regierung vorgelegte Novelle zum Militärstrafgesetzbuch, welche eine Ermäßigung der Strafen bei gewissen Vergehen gegen die Disziplin bringt. Neben diesen Strafmaßminderungen bringt die Novelle aber auch nicht unwesentliche Verschlechterungen. Das ganze Militärstrafgesetzbuch wurzelt übrigens noch so im Mittelalter, daß die jetzt vorgeschlagenen Straf-milderungen keineswegs geeignet sind, den Charakter dieses mit Blut geschriebenen Gesetzes zu ändern. Bei der am 21. Februar vorgenommenen ersten Lesung glaubte der zweite Redaktor der Sozialdemokratie vorwerfen zu dürfen, daß sie die Disziplin in der Armee untergrabe. Er berief sich hierbei auf das am Tage zuvor von der Strafkammer in Osnabrück a. N. gefällte Urteil, durch welches Rosa Lazarus wegen einer Bemerkung in einer Rede, die selbst der Polizei nicht anständig erschienen war, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Der Versuch, dieses Klassenurteil gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, wurde auf der Stelle gehässig zurückgewiesen. In der Tat hat dieser Sozialistischer Tendenzprozess lediglich einen neuen Beweis

dafür erbracht, daß die Richter in ihrer Voreingenommenheit nicht fähig sind, einen politischen Gegner gerecht zu beurteilen. — Die Militärstrafgesetznovelle wurde an eine Kommission verwiesen. Ob diese Kommission versuchen wird, das Militärstrafrecht zu modernisieren, bleibt abzuwarten. Es ist aber auch fraglich, ob ein solcher Versuch gelingt.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ und die „rote Woche“. Von der sozialdemokratischen Partei wird für die am 8. März beginnende Woche eine besondere Aktion geplant. In dieser „roten Woche“ soll im ganzen Reich eine umfassende Agitation zur Werbung von Mitgliedern für die politische Organisation und von Lesern der Parteipresse veranstaltet werden. Die Ankündigung dieses Planes hat den Scharfmachern einige Bellemungen verursacht. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ bringt einen Leitartikel aus der Feder ihres Chefredakteurs, des Freiherrn v. Reischwih, in welchem zum Gegenangriff geblasen wird. Der Zintenkuli der Scharfmacher erblickt in einer Stärkung der sozialdemokratischen Parteioorganisation vor allem eine Vermehrung des wirtschaftlichen Einflusses der Arbeiterschaft, worin er schließlich nicht unrecht hat.

Um der Machterweiterung der Arbeiterschaft entgegenzuwirken, ruft er die „eigentlich staatsbehaltenden Parteien“ auf, „diesem Angriff mit kraftvoller Initiative zu begegnen“. Da ist es denn mehr wie je am Platz, für die Förderung jener Bewegung innerhalb der Arbeiterschaft einzutreten, die der roten Kohorte aus naheliegenden Gründen ein ganz besonderer Dorn im Auge ist: nämlich der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung. Mit anderen Worten, das Unternehmertum soll sich der Züchtung der gelben Sumpfpflanzen mit noch größerem Eifer widmen als seither. Eine derartige Aktion der Scharfmacher berührt natürlich in erster Linie die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sollen geschädigt werden, um der politischen Arbeiterbewegung ein Bein zu stellen. Es ist recht nett von der „Arbeitgeber-Zeitung“, daß sie auf solche Weise die Arbeiter darauf stößt, daß es nicht genügt, sich gewerkschaftlich zu betätigen, sondern daß sie auch der politischen Bewegung fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Der Artikel der „Arbeitgeber-Zeitung“ wird dazu beitragen, daß auch die Gewerkschaftsmitglieder den Veranstaltungen der „roten Woche“ ein größeres Interesse entgegenbringen, als vielleicht sonst gesehen wäre. Bei dieser Gelegenheit möchten wir insbesondere die Arbeiterinnen der Holzindustrie und die Frauen unserer Kollegen auf die am 8. März im ganzen Reich stattfindenden Frauenversammlungen hinweisen. Der Zweck dieser Veranstaltungen, die gleichzeitig auch an vielen Orten des Auslandes arrangiert werden, ist eine Demonstration für das Frauenwahlrecht. Es handelt sich dabei nicht nur, wie es bei oberflächlicher Betrachtung scheinen könnte, um eine rein politische Angelegenheit. Wenn man die wachsende Bedeutung der Frauenarbeit im Wirtschaftsleben in Betracht zieht und sich vergegenwärtigt, daß die Frauen völlig rechtlos sind; daß die Frauen unter einer arbeitserfeindlichen Gesetzgebung nicht minder zu leiden haben, als die männlichen Arbeiter, daß sie aber im Gegensatz zu diesen von jeder Teilnahme an der Gestaltung der Gesetzgebung grundsätzlich ausgeschlossen sind, dann wird man nur wünschen können, daß der mit dem Frauentag verbundene Zweck möglichst vollständig erreicht werde. Vor allem sollte darauf hingewirkt werden, daß die Frauenversammlungen am 3. März einen möglichst imposanten Besuch aufweisen.

Württemberg und die Arbeitslosenfürsorge. Am 12. Februar hat sich der württembergische Landtag zum dritten Male grundsätzlich für die staatliche Förderung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen. Zur Verhandlung stand der seit dem Jahre 1907 wiederholt eingebrachte sozialdemokratische Antrag, der die Regierung zur Vorlage eines Gesetzesentwurfes auffordert, auf Grund dessen an solche Gemeinden Staatsbeiträge gewährt werden, die Zuschüsse an Berufsvereine von Arbeitern und Angestellten zu den von ihnen an ihre Arbeitslosen geleisteten Unterstützungen zahlen. Der Antrag gelangte zwar in dieser Form nicht zur Annahme, doch sprach der Landtag zuerst 1909 und dann am 1. Juni 1911 die Bereitwilligkeit aus, durch einen Nachtragsetat Mittel zu Beihilfen an Gemeinden bereitzustellen, welche die Unterstützung der Arbeitslosen in geeigneter Weise organisieren. Die Regierung ist aber seither auf diese Anregung nicht eingegangen. Konnte sie sich das erste Mal damit entschuldigen, daß es solche Gemeinden in Württemberg nicht gebe, so haben inzwischen Gmünd, Stuttgart, Feuerbach und Eßlingen das Genter System eingeführt und der Oberbürgermeister der letzteren Stadt sprach sich sogar im Landtag recht lobend über die erzielten Erfolge aus. Um eine möglichst große Mehrheit zu erhalten, zogen diesmal die Sozialdemokraten ihren Antrag zugunsten einer anderen Fassung zurück, die von der Regierung die Vorlegung eines Nachtragsetats für Mittel zur Gewährung von Staatsbeiträgen an Gemeinden mit Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen verlangt. In dieser Form wurde der Antrag mit 59 gegen 23 Stimmen angenommen.

Die „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, gibt seit Beginn dieses Jahres ein monatliches Nachrichtenblatt heraus, das unter der Redaktion des Reichstagsabgeordneten Karl Hildenbrand steht. Die Februarnummer bringt eine lehrreiche Gegenüberstellung der Erfolge der „Volksfürsorge“ und zweier zu ihrer Bekämpfung gegründeten Konkurrenzgesellschaften. Danach hat es bis zum Jahreschluß 1913 die älteste der Gesellschaften, der seit April 1913 tätige Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Berlin, nur auf Volksversicherungen im Gesamtwerte von 7 Millionen Markt gebracht. Die von 30 privaten Versicherungsgesellschaften gegründete, von den christlichen und kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften u. a. meist unter anderen Namen propagierte Deutsche Volksversicherung A.-G., die wie die Volksfürsorge seit Juli 1913 in Betrieb ist, brachte es gar nur auf 10 200 Anträge mit 3,2 Millionen Markt Versicherungssumme. Demgegenüber hat die „Volksfürsorge“ 55 420 Anträge mit einer Kapitalversicherungssumme von 13,2 Millionen Markt, 1249 Anträge mit 575 000 M. Risikoversicherung und 18 077 Anträge auf Sparversicherung mit beliebigiger Summe gehabt. Dazu brachte dann der Januar

1914 schon wieder weitere 12 675 Anträge mit 2,5 Millionen Markt Versicherungssumme. Die „Volksfürsorge“ hat also schon jetzt eine weit umfangreichere Tätigkeit als jene beiden Konkurrenten mit aller ihrer staatlichen, christlichen und sonstigen arbeitserfeindlichen Protektion zusammen.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Kolalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. März beträgt in Gotha 85 Pf., Erfurt und Zittau 80 Pf., Döbeln und Pappenheim 70 Pf., Ronitz 65 Pf.; ab 1. April in Neumünster 90 Pf., Uelzen 80 Pf., Aurich 70 Pf. und Leutkirch 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 9. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Die Kandidatenlisten für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag wie auch zum Gewerkschaftskongress sind in letzter Woche allen Zahlstellen zugesandt worden. Nach unserem Wahlreglement findet die Delegiertenwahl in allen Zahlstellen gleichzeitig in der Woche vom 15. bis 21. März statt. Innerhalb dieser Woche hat jede Lokalverwaltung den Wahltag sowie Beginn und Ende der Wahlhandlung selbst zu bestimmen, muß jedoch beides den wahlberechtigten Mitgliedern mindestens eine Woche vorher hinreichend bekanntgeben. Ueber mehr als einen Tag darf die Wahl in keiner Zahlstelle ausgedehnt werden, ebenso dürfen außerhalb der von der Lokalverwaltung bekanntgegebenen Wahlzeit keine Stimmzettel entgegengenommen werden.

Für die ausgesteuerten Arbeitslosen gingen weiter vom 16. bis 23. Februar folgende Beträge ein: Aus Stolp 250, Thorn 20, Fiddichow 10, Friedland i. M. 10, Lassa 50, Malchin 10, Stargard 100, Straßund 100, Bunzlau 20, Glogau, 2. Rate, 30, Grünberg 50, Arcuzburg 6,75, Berlin, 2. Rate, 2294, Brandenburg 300, Crossen, Campioni und Kleinow 1, Cliffrin 80, Forst 12, Franz-Buchholz 12,50, Landsberg a. W. 67,50, Muslau 38,05, Neuenhagen 10, Briebus 51, Schneidemühl 10, Schönwalde 15, Sorau 42,50, Weiringswasser 15, Zielenzig 4,85, Wittenberg 12,65, Döbeln 100, Geringswalde 171,40, Glashütte 50, Großenhain 34,70, Hartha 100, Marienberg 20, Pirna, 2. Rate, 9,10, Radeberg 102,05, Wilsdruff 100, Zittau 100, Buchholz 20, Eifenberg 150, Johanngeorgenstadt 50, Leipzig, 2. Rate, 755,20, Penig 30, Schmöln, 2. Rate, 16,20, Treuen 20, Triebes 30, Zeulenroda 186,40, Apolda, 2. Rate, 5, Corbetha 30, Frankenhäusen, 2. Rate, 50; Gotha 500, Mühlberg i. Th. 17, Themar 25, Braunschweig, Kollegen der Pianofortefabrik Grottrian, 154,80, Cöthen 50, Coswig 20, Goslar 50, Güsten 10, Schönebeck 50, Wittenberg 30, Zerbst 30, Blankeneße 60, Boitzenburg, 2. Rate, 26, Brate 30, Cughaven 25, Delmenhorst 50, Melldorf 14,40, Oldenburg, 2. Rate, 250, Oldesloe 40, Sonderburg 35, Stade 20, Wilhelmshaven 300, Bielefeld 100, Cassel 500, Göttingen 150, Hersfeld 30, Lemgo 76,80, Deynhäusen 100, Danabrück 100, Osterode 30, Bochum 100, Dortmund 500, Düsseldorf, 2. Rate, 375, Duisburg 100, Elberfeld 200, Essen 500, Hamborn, 2. Rate, 50, Jerne 35,50, Lüdenscheid, 2. Rate, 8, M.-Gladbach 25, Solingen 200, Unna 15, Wschaffenburg 30, Rellheim 40, Mannheim 200, Neuwied 30, Offenbach, 2. Rate, 108,50, Dinkelsbühl 20, Erlangen 100, Fürth 600, Neustadt a. N. 28,45, Nürnberg 1000, Oshensfurt 15, Pegnitz 8,45, Schwabach 20, Weißenburg 11,20, Wibling 8, Dachau 25, Kempten 70, München, 2. Rate, 125, davon 50 von den Instrumentenmachern, Schwaben 15, Freudenstadt 10, Kirchheim u. T. 200, Lohr 40, Marbach 78, Neckarjulm 14, Nürtingen 50, Ravensburg 20, Stuttgart 1500, Urach 24, Willingen 10, Juffenhäusen 20, Gautag Leipzig 55,75 M.

Von Einzelmitgliedern: Kordmacher in Riga 3,50, Mustapha, Groß-Breefen 2,20, Metzger, Neu-Lubing 1,40, Neß, Berthelm 1,40, Heins-Cmsted 2,20, Schirmer-Berneß 1, Hannemann-Moselkern 5, Faß-Jever 2 M. In Summa 15 571,30 M. Bereits quittiert in voriger Nummer 21 430,80 M. Zusammen 37 002,10 M.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 13362 Heinrich Kristoph, Eschl., geb. 17. 3. 51 zu Breslau.
- 123673 Karl Giese, Eschl., geb. 30. 1. 84 zu Schönlanke.
- 145466 Otto Behmann, Eschl., geb. 18. 3. 86 zu Berlin.
- 149477 Wilhelm Hingz, Pol., geb. 27. 2. 68 zu Berlin.
- 223099 Karl Pfeifer, Eschl., geb. 18. 9. 86 zu Berlin.
- 127106 Albert Wieland, Eschl., geb. 29. 10. 86 zu Belesenz.
- 280875 Friedrich Lelz, Eschl., geb. 17. 6. 56 zu Irseleben.
- 290554 Otto Görde, Eschl., geb. 27. 12. 88 zu Coswig.
- 288595 Arno Greiner, Eschl., geb. 29. 10. 88 zu Neuhäus.
- 303414 Chr. Meier, Schiffsz., geb. 30. 9. 77 zu Osterholz.
- 326920 Gustav Eichelbaum, Eschl., 22. 11. 86 zu Oerhausen.
- 359639 Rudolf Peukert, Masch.-Arb., 24. 8. 55 zu Berlin.
- 359889 Mag. Geisler, Masch.-Arb., geb. 25. 1. 69 zu Luga.
- 378396 Frdr. Ramphausen, Eschl., geb. 3. 7. 71 zu Mörs.
- 383877 Paul Neher, Eschl., geb. 14. 8. 82 zu Berlin.
- 393342 Emil Ulrich, Masch.-Arb., geb. 24. 4. 68 zu Berlin.
- 413468 Johann Reichelt, Eschl., geb. 11. 2. 90 zu Breslau.
- 421148 Alb. Bachhoff, Eschl., geb. 25. 12. 66 zu Straßund.
- 515366 Heinrich Büttner, Holzarb., geb. 11. 7. 88 zu Wieber.
- 527751 Monia Reidel, Holzarbeiterin, geb. 17. 10. 83 zu Nürnberg.
- 545673 Erich Schnabel, Eschl., geb. 5. 4. 86 zu Görlitz.
- 548362 Willy Neher, Eschl., geb. 5. 3. 87 zu Stargard.
- 550283 Erich Reuter, Eschl., geb. 23. 6. 93 zu Berlin.
- 553979 Paul Krüger, Eschl., geb. 13. 1. 84 zu Regenthin.
- 640088 Johann Rädig, Eschl., geb. 21. 7. 87 zu Silberbach.
- 666564 Frig. Adam, Holzarb., geb. 27. 10. 73 zu Verghentku.
- 670988 Josef Sengert, Hornarb., geb. 13. 3. 90 zu Tivlowo.
- 672015 Julius Jahn, Korbm., geb. 13. 4. 53 zu Oschach.
- 675111 Erich Mahlow, Eschl., geb. 14. 5. 94 zu Berlin.
- 696045 Johann Schönte, Eschl., geb. 15. 8. 95 zu Cübing.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Par. 2.  
Der Verbandsvorstand

Korrespondenzen.

**Bielefeld.** Seit ungefähr zwei Jahren sind in der Möbelfabrikerei Echterbecker Gepflogenheiten üblich geworden, die den Widerspruch der Arbeiter herausfordern. Werkmeister Herbst stellt in erster Linie große Anforderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Arbeiter, während seine eigene Leistungsfähigkeit durchaus nicht unumschrieben ist. Fortgesetzt provoziert er Lohnstreitigkeiten. Wenn ein Arbeiter bei Akkordarbeit einen geringen Ueberverdienst über seinen Stundenlohn erzielt hat, werden allerlei Einwendungen herangezogen, um dem Arbeiter den sauer erworbenen Lohn wieder streitig zu machen. Kürzlich mußte dieserhalb ein Kollege erst an das Gericht gehen, um seinen Akkordüberschuß zu erlangen. Die Pünktlichkeit bei der Lohnzahlung ist nicht minder zu beklagen. Eine Rücksichtnahme auf die Arbeiter, welche ihre besten Lebensjahre dem Geschäft geopfert haben, gibt es nicht. Ein älterer Kollege, der nach Auslage seiner Mitarbeiter seine Obliegenheiten noch unvermindert verrichtet, wurde im vergangenen Herbst vor die Alternative gestellt, entweder sich einen Lohnabzug von 2 Pf. pro Stunde gefallen zu lassen oder seine Stelle, die er mehr als 25 Jahre inne gehabt, zu quittieren. Das ist brutal. Ein von auswärts zugewandener verheirateter Bildhauer wurde kurz vor Weihnachten auf die Straße gesetzt, nachdem er eben seine Familie und sein Mobiliar nach hier geholt hatte. Auf Ersuchen der Firma wurde ein Tischler vom Arbeitsnachweis in Arnsberg nach hier geschickt, hier aber mit dem Bemerkten abgewiesen, daß er vermutlich die ihm zu übertragenden Arbeiten nicht ausführen könne. Anstatt dem Arbeiter, wie es Vorschrift ist, mindestens das Reisegeld zurückzuerstatten, erhielt derselbe eine ganze Mark. Allein der Eisenbahnfahrpreis beträgt 5,20 Mk. Trotzdem in jetziger Zeit in Bielefeld Arbeitskräfte genug zu beschaffen sind, wird die städtische Vermittlungsstelle und auch der Verbandsarbeitsnachweis von der Firma ignoriert und Nachfrage an auswärtigen Arbeitsnachweisen und Zeitungen gehalten. In der neuesten Nummer „Der Deutsche Arbeitsmarkt“ werden ältere Tischler auf erstklassige Möbel und Innenarbeiten gegen guten Lohn gesucht. Es ist richtig, daß die Herstellung der Produkte der Firma Echterbecker qualifizierte Arbeitskräfte erfordert. Niemand wird aber behaupten wollen, daß Stundenlöhne von 48 und 50 Pf., wie sie in dem Betriebe noch gezahlt werden, hierfür ein angemessener Lohn sind. Fremde, nicht bodenständige Arbeiterfamilien, die lediglich auf den Arbeitsverdienst des Familienvaters angewiesen sind, können sich hier nur kümmerlich ernähren. Jeder Kollege, der auf die Angebote der Bielefelder Firma reflektiert, wird in seinem eigenen Interesse eruchtet, Erkundigungen auf dem Verbandsbüro einzuholen, bevor er Zusagen macht, oder die Vermittlung des Verbandsarbeitsnachweises in Anspruch zu nehmen. Das Büro befindet sich Arndtstraße 8.

**Carlschafen.** Bei der Firma Traun u. Co. sind lange Arbeitszeit und wenig Lohn üblich. Da dort schichtweise gearbeitet wird, kommt es nicht selten vor, daß 24 Stunden und noch länger gearbeitet werden muß. Ein junger Arbeiter, der eben 18 Jahre alt ist, mußte kürzlich sogar 36 Stunden ununterbrochen tätig bleiben. Nicht selten wird dort die eher der Schule entlassene Jugend weit über das zulässige Maß in der Woche beschäftigt. Es wäre zu wünschen, daß die Aufsichtsbehörde einschreitet und dem Gesetz auch hier mehr Geltung verschafft. Unerhört ist es, wie die Jugend behandelt wird. Meister W. Weisel aus Belmarshausen hat am 14. Februar einen jungen Arbeiter, den er zufällig nicht auf seinem Arbeitsplatz traf, kurzerhand ein paar kräftige Ohrfeigen verabfolgt. Als sich dieser das Schlagen verbat, verlangte der Meister von der Firma dessen Bestrafung oder Entlassung. Und nun darf der hilflos dastehende junge Arbeiter zu den Schlägen noch 50 Pf. Strafe zahlen. Dies alles ist nur auf die mangelnde Kenntnis des Herrn Traun von den Arbeitsmethoden seiner Meister zurückzuführen. Es wäre sehr gut, wenn Herr Traun selbst einmal diesen Leuten die Rechte ein bißchen beschneiden würde, und nicht schalten und walten ließe, wie es diesen Herren gefällt. Herr Traun hat erst im Januar seinen Wohnsitz nach hier verlegt. Nachdem er eingesehen, daß der Lohn so niedrig war, wollte er den Stundenlohn auf 30 Pf. erhöhen, was ja auch noch viel zu niedrig wäre. Aber auch dies vereitelten die Meister, die 26 bis 27 Pf. schon für reichlich halten. Für sich selbst stellen sie natürlich weit höhere Ansprüche, obwohl man über den Wert ihrer Leistungen oft im Zweifel sein kann. Aus diesen Vorgängen sollten die Arbeiter lernen und einmal zeigen, daß sie auch Männer sind, die ein Recht haben zu leben. Um aber ihre Lage zu verbessern, müssen sie sich dem Deutschen Holzarbeiter-Verband anschließen.

**Frankfurt a. M.** Die hiesigen Karosseriefabriken haben es verstanden, die Krise zu ihren Gunsten auszunutzen. Das wurde ihnen erleichtert durch zureisende Kollegen, die um jeden Preis Arbeit nahmen. Der Tarif sieht für Helfer unter 20 Jahren 49 Pf. bzw. 54 Pf. für Helfer über 20 Jahre vor. Eine Firma ist dazu übergegangen, die Kollegen als Hilfsarbeiter oder Volontäre einzustellen, und zwar für 38 bis 40 Pf. Stundenlohn. Zum Teil wurden derartig niedrig bezahlte Arbeiter auch an Maschinen gestellt. Zur Beschönigung sagt man allerdings, der Lohn sei nur zum Einarbeiten, später gäbe es Zulage. Verlangen diese Arbeiter aber die Zulage, dann wird ihnen bedeutet, daß vor der Tür noch mehr stehen, die darauf warten, mit den Unzufriedenen die Plätze zu vertauschen. Bei Akkordvereinbarungen wird stets mit diesen Draußenstehenden gedroht. Und tatsächlich haben schon solche neue, im Betriebe unerfahrene Leute den Akkordzettel unbeschrieben unterschrieben. Damit werden diese Kollegen zum Lohnrücker für einen ganzen Beruf. Streit und Uneinigkeit sind die Folge davon. So will es aber der Unternehmer haben, dann steigt sein Profit. Eine andere Firma sucht im „Generalanzeiger“ Kastenmacher, trotzdem alle Plätze besetzt sind. Sie müßte also erst durch Entlassungen Platz schaffen. In einem anderen Falle wurden für eine beim Transportieren von Karosserien zerstörte Glühbirne vier Kollegen je 7 Pf. vom Lohn abgezogen. Dem Arbeiterausschuß wurde es als Frechheit angerechnet, daß er sich in diese Angelegenheit einmischte. Erst nach Eingreifen der Organisationsleitung erklärte sich dieser Unternehmer bereit, das Geld bis auf 20 Pf. Strafe zurückzahlen. Dabei gehen diese Leute ganz über in Wohlwollen für ihre Arbeiter und verlangen immer, die Arbeiter sollten mehr Rücksicht nehmen auf ihren Arbeitgeber. Was-

vorrichtungen gibt es nicht in der Werkstatt, diese ist auch nur halb abgeschlossen, so daß die Arbeiter zeitweise dem Schmelzrauch und den Kohlengasen ausgesetzt sind; dazu kommt noch der ohrenbetäubende Lärm der Blechtreiber. Das Betreten des Maschinenraumes ist lebensgefährlich, um in diesen zu gelangen, muß man vielfach erst über Abfallholz, welches bei der Bandflüge entsteht, klettern. Die Kollegen im Reich mögen die Frankfurter Karosseriefabriken nicht mit Arbeitsangeboten überhäufen. Wer aber dennoch nach hier kommen will, der erkundige sich stets vorher bei der Ortsverwaltung, die auch den Arbeitsnachweis führt.

**Glückstadt.** Am 10. Februar fand eine Versammlung statt, in der Stellung zu der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit genommen und beschlossen wurde, sofort 50 Mk. aus der Lokalkasse für die außerordentliche Unterstützung des Verbandes bereitzustellen. Kollege E. Willers-Hamburg hielt sodann einen Vortrag über „Der Unfallschutz in der Holzindustrie“. Leider war die Versammlung nur schwach besucht, insbesondere fehlten die Kollegen des Hiesigen Sägewerks. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden an jedem ersten Sonnabend im Monat statt.

**Hamburg.** (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 14. Februar, bis Freitag, den 20. Februar 1914.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bautischler inkl. Anschläger	84	—	354
Möbelfabrikanten	121	—	170
Maschinenarbeiter	4	—	34
Polierer inkl. Beizer	4	—	12
Drechsler	—	—	4
Sonstige Branchen	—	—	45
Zusammen	213	—	628

**Hannover.** (Möbelfabrikanten.) Die letzte Sektionsversammlung, in welcher Kollege Bahner über die augenblicklichen Verhältnisse unserer Branche hier am Orte referierte, erfreute sich zum ersten Male nach der Ausperrung eines außerordentlich guten Besuches, ein Zeichen, daß sich die Kollegenchaft unter den nach der Ausperrung eingetretenen Verhältnissen nicht wohl fühlte und gewillt ist, den Druck abzuschütteln. Die kurze Spanne Zeit seit der Ausperrung hat genügt, um in den Betrieben Verhältnisse herbeizuführen, welche die Kollegenchaft, als sie noch eins war und man die gelbe Schutztruppe nicht kannte, gar nicht zu verzeichnen hatte. Das Antreiben und das Spiegelsystem, die Behandlung durch die Meister, und namentlich die fortgesetzten Drohungen mit der Hungerpeitsche, mit der man die der Organisation treu gebliebenen Kollegen einzuschüchtern versucht, hat eine gewisse Zagheit eintreten lassen. Unsere Reihen sind aber nicht derart gelichtet, daß wir alles unbefehlen in die Tasche zu stecken brauchen, nur müssen die Kollegen auch fernerhin zusammenstehen. Berechtigten Klagen sind laut geworden, daß die Unternehmer ihr bei den Einigungsverhandlungen gegebenes Versprechen nicht eingehalten, und daß seitens der Fabrikleitungen bei Einstellung darauf gedrängt wird, daß die Arbeitsuchenden der gelben Organisation beitreten. Die größten Betriebe, die Hannoverische Maschinenfabrik Gebr. Körting sowie Carvens, haben diese Parole herausgegeben. Kollegen, welche weil sie nicht gelb werden wollten, entlassen wurden, konnten in keinem Betriebe unterkommen und mußten zwölf und noch mehr Wochen auf dem Straßenpflaster liegen. Einige haben Hannover verlassen, ein großer Teil hat vorläufig andere Arbeitsgelegenheit ergriffen, und trotzdem haben wir noch eine Reihe Arbeitslose zu verzeichnen. In die auswärtigen Kollegen ergeht deshalb das Ersuchen, Hannover vorläufig zu meiden. In den Fabrikbetrieben ist es jetzt üblich geworden, Lehrlinge anzunehmen, welche meist eine recht dürftige und einseitige Ausbildung erhalten. Wie dann die Kenntnisse und Fertigkeiten der eben Ausgelernten selbst von den Unternehmern eingeschätzt werden, geht schon daraus hervor, daß die Kollegen selten mehr als 30 Pf. Stundenlohn erhalten. Kommt dann so ein Ausgelernter in einen anderen Betrieb, so muß er selbst bald einsehen, daß für ihn die drei oder gar vier Lehrjahre umsonst gewesen sind. Noch einige Versuche, und das Ende vom Liede ist, der Kollege ergrift eine andere Beschäftigung. Zur Frage der Streitarbeit wurde von der Versammlung gewünscht, daß der Hauptvorstand seinen bisherigen Standpunkt revidieren möge.

**Kronach.** Die hiesigen Schreinermeister brüsten sich, sie dürften nur nach Bamberg schreiben, da bekämen sie Leute soviel sie wollten. Sie bezahlen deshalb auch den „guten“ Lohn von 6 bis 8 Mk. mit Kost für Ledige und 17 Mk. ohne Kost für verheiratete Kollegen. Dabei beträgt die Arbeitszeit 66 Stunden in der Woche. Sogar am Samstag muß bis 7 Uhr gearbeitet werden. Der Geselle erhält eher kein Geld, bis der letzte Glödenstrich gefallen ist. In den beiden Schiefertafelfabriken ist es nicht besser; diese stellen der Billigkeit halber möglichst nur Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren ein. Arbeiter, welche schon 20 Jahre im Betriebe sind, werden mit einem Tagelohn von 2,60 Mk. abgepeist. Gegen den Beitritt zum Verband aber wenden sie ein, daß alle doch nicht gleich mitmachen. Ohne Organisation ist hier aber nichts zu machen. Auch in den Sägewerken ist es nicht viel besser, denn dort machen die Gatter- und Kreisfäger das ganze Jahr von 6 bis 8 Uhr Ueberstunden, damit sie nur einigermaßen etwas verdienen. In den Betrieben gibt es noch Arbeiter, welche sagen, die Arbeitgeber wären dumm, wenn sie 10 Pf. mehr bezahlen würden. Erfreulicherweise ist es in der Korbmacherei Benschneider etwas besser. Dort haben die Kollegen jüngst durch Vorstellwerden sofort für jeden Koch 20 Pf. Zulage erhalten, weil der Inhaber weiß, daß die Organisation dahinter steht. Es gibt aber hier noch ein großes Feld zu bearbeiten. Die nächste Monatsversammlung findet am 1. März, nachmittags 2 Uhr, im „Bayerischen Hof“ statt.

**Mulda.** In der Fabrik photographischer Holzwaren von Otto Verlebach läßt die Behandlung der Arbeiter sehr viel zu wünschen übrig. Die Chefs, Vater, Sohn und Schwager, wetteifern förmlich miteinander im Kasernentone. Die Löhne schwanken bei Stundenlohn von 20 bis 30 Pf., nur

drei Arbeiter haben 35 Pf. In Akkord sind 6 bis 12 Mk. pro Woche selbst bei verheirateten Leuten bei jetziger Zeit keine Seltenheit. Die Lohnzahlung zieht sich meist sehr in die Länge. Mit Abzügen ist man schnell bei der Hand. Ein Arbeiter, dem ein Holzstück eine Glühbirne zerstoßen hatte, rettete sich vor 2 Mk. Abzug nur durch die Drohung mit dem Gerichte und dem Abgang. Die Arbeiter sind aber an diesen Verhältnissen selber schuld, sie stehen der Organisation fern und zum Teil gar feindlich gegenüber. Schmaroher und Ragenbüdeln sind an der Tagesordnung.

**Oberrhein.** (Kistenmacher.) Die letzte gut besuchte Sektionsversammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Gedanken der Gründung einer Zentralkommission. Die Diskussion ergab, daß unter allen Umständen zur Behebung der Agitation in unserer Branche etwas getan werden muß, und daß die Abhaltung einer Branchenkonzferenz, auf der sich die Zentralkommission konstituiert, für das beste Mittel dazu gehalten wird. Es wurde bemängelt, daß bei Einleitung von Lohnbewegungen die Kollegen an einem Orte auf sich allein angewiesen sind, und dieses für Orte mit höheren Löhnen von Schaden sein kann. Dies würde weniger vorkommen, wenn eine Zentralkommission bestände. Man erhofft für das Erzgebirge mit seinen niedrigen Löhnen Besserung, wenn man dadurch über die Arbeitsverhältnisse anderer Orte besser unterrichtet werde.

**Strasbourg i. El.** Die Wagner haben hier bei den Kleinmeistern zum Teil noch das Kost- und Logiswesen. Die Arbeitszeit ist noch überall länger wie zehn Stunden, die Löhne aber sind erbärmlich niedrig. In den größeren Betrieben, in denen schon Maschinen Eingang gefunden haben, arbeiten die Wagner alle an diesen, trotzdem kürzlich erst, nach einem Vortrag über die Gefahren der Maschine, beschlossen wurde, daß kein Wagner mehr an die Maschine geht, sondern diese Arbeit den dazu bestellten Maschinenarbeitern überläßt. Am nächsten Montag standen in der Autofabrik Mathis gleichzeitig fünf Wagner an den Maschinen, um ihre Arbeit selbst zu machen. Die Unfallchutzkommission warnt deshalb noch einmal eindringlich vor der Umgehung des Versammlungsbeschlusses und macht die Kollegen auf die Unfallverhütungsvorschriften der Süddeutschen Holzberufsgenossenschaft aufmerksam, wonach die Verhütung von Maschinen- und sonstigen Einrichtungen des Betriebes seitens solcher Arbeiter, die nicht ausdrücklich hierfür angestellt sind, allgemein verboten ist und Kreisfägen, Fräsen und Abriechhobelmaschinen nur von den besonders dafür bestimmten ständigen Maschinenarbeitern selbstständig bedient werden dürfen. Die Kommission wird sich im Notfall nicht scheuen, Mißachtungen dieser Vorschriften der Berufsgenossenschaft zu melden, damit Fabrikdirektion und Arbeiter unter Strafe gestellt werden. Ein anderer Betrieb von zehn Wagner hat überhaupt keinen besonderen Maschinenarbeiter und jeder Arbeiter macht seine Arbeit an der Maschine selbst. Die Maschinen stehen in den Wagnerreien auch meistens im allgemeinen Arbeitsraum und sind nicht, wie es ja Vorschrift ist, davon getrennt. Auch Entstaubungsanlagen sind wohl nirgends durchgeführt oder wo sie sind, sind sie nicht in Betrieb, da sie ja Kraft kosten. Die organisierten Wagner sollten es sich zur Pflicht machen, die noch fernstehenden Kollegen dem Verbandsbezugzuführen, mit Klagen und Sammeln ist nicht geholfen.

**Treuen i. B.** In den letzten zwei Jahren haben sich die Arbeitsverhältnisse in dem größten hiesigen Betriebe, der Bogl. Möbelfabrik und Kunsttischlerei C. G. Gaffner, fortwährend verschlechtert. Der erste Schritt war die Einführung der Akkordarbeit. Die Werkführer mußten, sobald sie nicht jedem Anfinnen der Firma Rechnung tragen wollten, kurzerhand das Weite suchen. Der Werkführerwechsel, mit allen seinen Schäden, war insolge dessen ein eminentes, verließen doch solche schon nach einigen Wochen, ja in einem Falle bereits nach sechs Stunden, das Feld ihrer Tätigkeit wieder. Im Juli 1913 fand sich nun endlich der starke Mann in der Person des bereits in unserer Notiz vom 13. September 1913 gekennzeichneten, christlich organisierten Herrn Franz Bröder aus Alberskirchen bei Münster i. W. Dieser 25 Jahre alte Herr, dessen Hauptwirkungskreis bis dahin das kaum 2000 Einwohner zählende Dorf Everswinkel war, versuchte schon vom ersten Tage an mit echt christlicher Nächstenliebe die älteren Kollegen, die als Vertrauensleute tätig waren, unter Anwendung aller nur erdenklichen Mittel hinauszumerfen, wobei er in einem der letzten Fälle erklärte, lieber die achtstündige Rindigungsfrist aus seiner Tasche zu bezahlen, um eine sofortige Entlassung zu ermöglichen. Dieser Fall betraf den Bevollmächtigten unserer Zahlstelle. Um nun am 1. April, an dem unser Vertrag abläuft, im Betriebe reine Wirtschaft zu haben, mußte ein geringfügiger Umstand herhalten, um auch den derzeitigen Vertrauensmann an die Luft zu setzen. Man glaubt nun jedenfalls durch diese Maßregel beim Abschluß eines neuen Vertrages die erhofften Verbesserungen für sich einführen zu können. Zur Bedeckung des durch Hinauswerfen unserer verheirateten Kollegen erzeugten Bedarfs an Arbeitskräften sucht nun die Firma „Tischler auf seine Möbel nach Zeichnung“ im „Deutschen Tischlermeister“ und in bürgerlichen Tageszeitungen. Die Kollegen werden aber Arbeitsangebote der Firma C. G. Gaffner entsprechend zu würdigen wissen.

**Zeitz.** Die Sektion der Korbmacher hielt am 7. Februar eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Gerhardt hielt einen sehr instruktiven Vortrag über die Bedeutung der Tarifverträge, der Anregung zu einer interessanten Diskussion gab, welche auslief in Klagen und Beschwerden über die Verhältnisse am Orte. Die Not unter den hiesigen Korbmachern war seit Jahren sprichwörtlich geworden. Viele davon waren nur einseitig auf Kinderwagenkörbe ausgebildet. Diese Branche mit ihrem Saisonbetrieb machte einen Teil der Kollegen fast ein halbes Jahr arbeitslos und trieb sie zur Ueberarbeit in der Zeit der Saison. Immer mehr Korbmacher verließen deshalb ihren Beruf, um ab und zu wieder eine Gastrolle von einigen Wochen zu geben. Vor fünf Jahren stellte die Lokalverwaltung am Orte 208 ehemalige Korbmacher fest, die dauernd den Beruf gemischt hatten. Aber immer neue Kollegen haben diesen Schritt getan. Voriges Jahr brachte die Saison nun einen Kinderwagen zur Einführung, der an das technische Können der Kollegen hohe Anforderungen stellt, aber auch Arbeit in der stillen Zeit vermittelt. Dadurch kam es, daß es in Zeitz arbeitslose Korbmacher so gut wie nicht gab. Einzelne Unternehmer suchten dauernd Leute, auch auswärts. Aber

Die zureisenden Kollegen fanden doch nicht, was sie gehofft; keiner blieb. Die Verhältnisse waren nicht danach, um festen Fuß zu fassen. Die Kinderwagenfabrik „Germania“, Inhaber Gärtner, die auch unter der Firma „Zeiger Transportfabrik“ Reiseförbe und Rohrnübel fertigt, versprach in ihren Inseraten stets „hohen Lohn“. Damit hapert es aber nun. Dies liegt aber nicht nur an der Höhe des Akkordlohnes, sondern auch an der mangelhaften Einrichtung in der Werkstätte. Stets werden nur kleine Mengen Rohr angeliefert. Bald fehlen Zutaten ganz und die Kollegen können nicht weiterarbeiten. Diese Zustände haben den Betrieb zum Laubenschlag gemacht. Piesige Kollegen betrachten ihn nur als Notnagel. So braucht die Firma Gärtner immerfort Korbmacher. Wenn sie für ihre etwa 20 Korbmacher, von denen fast jede Woche drei bis vier Mann wechseln, genügend Arbeitsmaterial schaffen würde, brauchte sie nicht fortwährend nach neuen Arbeitern zu suchen. Auswärtige Kollegen wollen sich in allen Fällen erst in unserem Büro erkundigen. Außer in der Firma Gärtner ist die Gesellschaft bei der Firma Opel-Kühne und E. A. Näther zur Einführung gelangt, so daß auch hier eine Verschiebung stattgefunden hat.

**Zittau.** Die Karosseriefabrik Winter hat es auf die Beschränkung des freien Koalitionsrechtes abgesehen. Vor Weihnachten forderte Herr Winter von den Stellmachern den Austritt aus dem Verband. Als dem aber nicht entsprochen wurde, hatte er plötzlich keine Arbeit mehr für die Betroffenen. Einige sollten ausfahren und einer konnte sofort gehen, weil er agitiert hatte. Nun hatte er noch ein reiches Schaf in seiner Herde. Da sich aber sonst keine Gelegenheit fand, wurde dem jetzt ohne weiteres gekündigt mit der Begründung, er beschäftige grundsätzlich keine Organisierten in seinem Betrieb, denn die Einwendung, er hätte nichts zu tun, konnte er nicht machen, da er im Arbeitsmarkt tüchtige unorganisierte Stellmacher sucht. Charakteristisch bei der Sache ist aber, daß er das, was er anderen verbietet, für sich in Anspruch nimmt. Er ist Mitglied der Wagenbauvereinigung der Kreisbauernschaft Baugen, nach seiner Äußerung zum Zwecke der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Nun wird ja Herr Winter die Entwicklung des Verbandes nicht aufhalten, der ist schon mit anderen Geisteshelden fertig geworden.

**Unsere Lohnbewegung.**

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. März d. J. nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein. In einigen Fällen gilt nicht der 1. März, sondern das besonders vermerkte Datum für das Inkrafttreten der Verbesserungen.

**Erläuterung der Abkürzungen:** Fa. = Firma. Arbzt. = wöchentliche Arbeitszeit. Lohnerh. = Aufschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne. Mindestl. = Mindeststundenlöhne. Durchschnittl. = DurchschnittsStundenlöhne. Normall. = Normalstundenlöhne. Akkordt. = Akkordtarife.

**Berlin und Borort:** Lohnerh. 2 Pf. Akkordt. 3 Prozent. **Berthel, Rattowitz, Königshütte:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 51 auf 53 Pf. Akkordt. 3 Prozent.

**Brandenburg:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 51 auf 53 Pf. Akkordt. 4 Prozent.

**Braunschweig:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 50 auf 52 Pf.

**Bromberg:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 46 auf 48 Pf.

**Burg b. M.:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 49 auf 51 Pf. Akkordt. 3 Prozent.

**Danzig:** Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 50 auf 51 Pf. Akkordt. werden entsprechend erhöht.

**Dresden:** Lohnerh. 2 Pf. Normall. von 59 auf 61 Pf. Akkordt. 3 1/2 Prozent.

**(Polierer):** Am 2. März Arbzt. von 52 auf 51 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Akkordt. 3 Prozent. Normall. von 62 auf 64 Pf.

**(Pflaunders Grund):** Lohnerh. 2 Pf. Normall. von 57 auf 59 Pf.

**Pfaffendorf:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 60 auf 62 Pf. Akkordt. entsprechend erhöht.

**(F. A. Felder, Hilden):** Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 57 auf 58 Pf.

**Eberswalde:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 48 auf 50 Pf.

**Elbertsd. (Barren):** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 58 auf 60 Pf. Akkordt. werden entsprechend erhöht.

**(F. A. Faust, Orgelbauanstalt, Barren):** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 58 auf 60 Pf.

**Erfurt:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 51 auf 53 Pf. Akkordt. entsprechend erhöht.

**Flödingen (Büchsenfabrik):** Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. werden um 1 Pf. erhöht.

**Görlitz:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 47 auf 49 Pf. Akkordt. werden entsprechend erhöht.

**Göttingen:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 48 auf 50 Pf.

**Grumbach (Sägewerk):** Lohnerh. 2 Pf.

**Greifswald:** Arbzt. von 58 auf 57 Stunden. Lohnerh. 3 Pf. Mindestl. von 37 auf 40 Pf. Akkordt. entsprechend.

**Guben:** Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 45 auf 46 Pf. Akkordt. entsprechend erhöht.

**Halle:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 52 auf 54 Pf. für Barreinführer von 56 auf 58 Pf.

**Hamburg (Rechtmetzenfabrik von Schiffer):** Arbzt. von 53 auf 52 Stunden mit Lohnausgleich.

**Hannover:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 59 auf 61 Pf. Akkordt. werden fanggemäß erhöht.

**Hannover:** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 61 auf 63 Pf. Akkordt. entsprechend.

**Heilbronn:** Lohnerh. 1 Pf.

**Hildesheim:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 49 auf 51 Pf. Akkordt. entsprechend.

**Holtz & M.:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 54 auf 56 Pf. Mindestl. für Maschinenarbeiter von 50 auf 52 Pf.

**Hild. (Hildesheim):** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. für Tischler von 64 auf 66 Pf. für Tischlermeister von 68 auf 70 Pf. Akkordt. entsprechend erhöht.

**Hilpolt:** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. um 2 Pf. erhöht.

**Hilpolt:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 62 auf 64 Pf. Akkordt. entsprechend.

**(Wagenfabrik):** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. um 1 Pf. erhöht.

**Krefeld:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 51 auf 53 Pf. Akkordt. entsprechend.

**Langensl.:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. für Tischler, Stuhlauer und Drechsler von 50 auf 52 Pf., für Polierer und Weizer von 40 auf 42 Pf., für Maschinenarbeiter von 30 auf 38 Pf.

**Leipzig:** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. werden um 2 Pf. erhöht. Akkordt. fanggemäß aufgebessert.

**(Crosby-Hohenleina):** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 43 auf 45 Pf.

**Leipzig (Fa. Hoffberg):** Lohnerh. 1 Pf.

**Luckenwalde:** Lohnerh. 2 Pf. Erhöhung der Durchschnittl. um 2 Pf. Akkordt. 3 Prozent.

**Albeck:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 59 auf 61 Pf. Akkordt. entsprechend.

**Münchberg:** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 50 auf 52 Pf., bei der Fa. Wilh. Größner u. Zege von 52 auf 54 Pf. Akkordt. werden um 4 Prozent erhöht.

**Magdeburg:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 53 1/2 auf 55 1/2 Pf. Akkordt. 3 Prozent.

**München:** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 56 auf 58 Pf., für Gehilfen innerhalb der ersten zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit von 42 auf 44 Pf. Akkordt. um 3 Prozent erhöht.

**(Fa. Ebner u. Reicheneder):** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. werden um 2 Pf. erhöht.

**Münchberg (Sägewerk):** Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. für Hilfsarbeiter von 41 auf 42 Pf., für Säger von 48 auf 49 Pf.

**Nidderburg:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 50 auf 52 Pf.

**Posen (Möbeltischler):** Lohnerh. 1 Pf. Akkordt. um 4 Prozent.

**Polodam und Nowawes:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 57 auf 59 Pf.

**Rendsburg:** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 47 auf 49 Pf. Akkordt. werden um 4 Prozent erhöht.

**Riesa (Hobelwerke):** Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 33 auf 34 Pf.

**Schwabach:** Lohnerh. 1 Pf.

**Schwerin i. M.:** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 45 auf 47 Pf. Akkordt. 4 Prozent.

**Spandau:** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 62 auf 64 Pf.

**Stargard:** Lohnerh. 2 Pf. Stundenl. von 45 auf 47 Pf. Akkordt. 4 Prozent.

**Stettin:** Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 49 auf 51 Pf. Akkordt. um 3 1/2 Prozent.

**(Vororte von Stettin):** Arbzt. von 57 auf 54 Stunden. Lohnerh. 3 Pf. Mindestl. von 49 auf 51 Pf.

**Stuttgart (Fa. Köhler u. Weissenberger, Cannstatt):** Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 50 auf 51 Pf.

**Thorn:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 48 auf 50 Pf.

**Uelzen:** Lohnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 53 auf 55 Pf.

**Vegeßac (Fa. Steinbrügge, Burg):** Stundenl. von 43 auf 44 Pf.

**(Fa. Boffe u. Co., Burg):** Lohnerh. 2 Pf.

**(Fa. Dieckmann, Burgdam):** Lohnerh. 1 Pf.

**Zittau und Großschänau (Fa. Richter):** Lohnerh. 2 Pf. Normall. von 47 auf 49 Pf.

**Zittau (Fa. Kothler u. Barth):** Lohnerh. 2 Pf. Normall. von 47 auf 49 Pf.

**Zoppot:** Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 50 auf 51 Pf. Akkordt. werden entsprechend erhöht.

**In Bennedeckenstein am Harz** sind am 21. Februar 60 Holzarbeiter ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, aus dem Verbanne auszutreten. Die Zahlstelle ist vor einer Woche erst gegründet worden. Zugang ist fernzuhalten.

**In Gera** sind bei der Firma Wilh. Späthe, Pianofortefabrik, 200 Kollegen ausgesperrt. Die Ursachen hierzu waren die Forderungen der Arbeiter auf Erfüllung des Schiedspruches, welcher bei der allgemeinen Tarifbewegung mit dem Arbeitgeber-Schutzverband im vorigen Jahre gefällt wurde. Zugang ist streng fernzuhalten.

**In Hamburg** sind die Korbmacher der Firma J. M. W. Heitmann wieder einmal in den Kampf hineingezogen worden. Die Aussperrung, mit der die Firma ihre Arbeiter zwingen wollte, den Vertrag illusorisch zu machen, war wohl vorbereitet. Sie hat einen Teil ihrer Arbeiten in den Hamburger Strafanstalten untergebracht, trotzdem sie immer auf die Konkurrenz der Gefängnisarbeit hinwies und deren Beseitigung forderte. Dabei hat auch die Staatsbehörde versagt, deren Vertreter, Dr. Schäfer, noch im Jahre 1908 den Korbmachern versprach, eine weitere Ausdehnung der Korbmacherarbeiten nicht zuzulassen. Die Firma Heitmann aber ist nun vor der „Konkurrenz der Gefängnisse“ geschützt und bleiben nur noch die „hohen“ Löhne in der Werkstätte. Im Januar trat die Firma mit verschiedenen Abzügen an ihre Arbeiter heran, auch hier haben die Arbeiter noch nachgegeben. Wegen den Verträgen, die vertraglichen Vereinbarungen auf Schiffsfender zu umgehen, leisteten unsere Kollegen aber Widerstand, da diese Arbeit eine schwere ist und binnen wenigen Jahren erheblich im Lohn heruntergegangen ist. Noch ehe die Kollegen gemeinsam Stellung dazu nehmen konnten, wurden sie am 31. Januar sämtlich entlassen. Nun fordern die Kollegen, daß die verlangte Mehrarbeit bezahlt oder der jetzige Lohn auf ein Jahr garantiert wird. Wenn die Firma die Löhne nicht reduzieren will, ist sie sehr wohl in der Lage, den Lohn auf ein Jahr sicherzustellen, um so mehr, da die Kollegen die Mehrarbeit sodann mit in den Kauf nehmen wollten. Für die ausgesperrten Kollegen steht der Kampf nicht schlecht, ein Teil ist in Arbeit, ein weiterer Teil kann in den nächsten Tagen noch untergebracht werden. Die Firma stützt sich auf die Hamburgische Behörde. Warum wird aber von dieser die Anfertigung von Korbwaren in den Strafanstalten nicht, wie in anderen deutschen Bundesstaaten, eingeschränkt, sondern erweitert? Die Behörde sollte baldigst Abhilfe schaffen, damit diese Branche nicht demselben Schicksal verfallen wie die Demijohnbranche.

**In Köln** erzielten die Kollegen in der R ü c h e n s d e l - Fabrik L. Kellmann einen recht beachtenswerten Erfolg. Der alte Tarif, welcher am 15. Februar abließ, wurde durch einen neuen ersetzt, welcher bis zum 1. März 1918 läuft. Die

Löhne werden innerhalb der vier Jahre jedes Jahr um 1 M. pro Woche erhöht. Ferner erzielten die Maschinen-schreiner eine Erhöhung der Stundenlöhne um 7 Pf. pro Stunde, und zwar je 2 Pf. sofort, 1915 und 1916, und 1 Pf. 1917. Die Akkordpositionen werden zum größten Teil jetzt und 1915 um je 2 1/2 Prozent erhöht. Bei Reparaturarbeiten beträgt der Stundenlohn in Zukunft 73 Pf., früher 66 Pf. Bei Anfertigung von neuen Mustern wird der durchschnittliche Akkordverdienst als Stundenlohn berechnet. Unter Berücksichtigung des jeweiligen Geschäftsganges können die Arbeiter jedes Jahr drei Tage Ferien beanspruchen, allerdings wird dafür eine Entschädigung nicht gewährt. Die 98 Kollegen dieses Betriebes sind sämtlich organisiert, davon 87 bei uns und 11 bei den Christen. Der Abschluß selbst ist um so höher zu bewerten, als auch in dieser Branche jetzt nicht gerade beste Konjunktur herrscht. In Weimar sind in der Waggonfabrik, Abteilung Güterwagenbau, Differenzen wegen niedriger Akkordpreise entstanden. Zugang ist fernzuhalten.

**Ausland.**

**In Kotta in Finnland** laufen am 1. März die Verträge mit sieben Sägemühlen ab. Die Erneuerungsverhandlungen scheiterten bisher an den Verschlechterungsabsichten der Unternehmer. Diese wollen nun eine allgemeine Aussperrung vornehmen und haben ihren Leuten darum bereits Arbeit und Wohnung gekündigt. Der Finnländische Sägearbeiter-Verband, der rund 5000 Mitglieder zählt, ist mit 1100 derselben an dem Kampfe beteiligt.

**Aus der Holzindustrie.**

**Gesammelte Entscheidungen der Zentralvorstände.**

In den meisten der zwischen dem Arbeitgeber-Schutzverband und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband abgeschlossenen Tarifverträge befinden sich Vorschriften über die Bildung örtlicher Schlichtungskommissionen, deren Aufgabe es ist, auftauchende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Verträge durch einen Schiedspruch zu beseitigen. In den Fällen, in welchen sich die Parteien in der Schlichtungskommission nicht einigen können, wird die Streitfrage vor die Zentralvorstände gebracht, welche dann endgültig entscheiden.

Diese Einrichtung beruht auf einer Vereinbarung, welche die Vorstände des Arbeitgeber-Schutzverbandes und des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in einer am 26. April 1907 abgehaltenen gemeinsamen Sitzung getroffen haben. Damals handelte es sich um die Beendigung der großen Aussperrung, welche der Arbeitgeber-Schutzverband inszeniert hatte. Die Unternehmer hatten erkannt, daß sie den Deutschen Holzarbeiter-Verband unterschätzt hatten, und daß ein auf gegenseitige Anerkennung und Achtung beruhendes Zusammenarbeiten auch ihnen zum Vorteil gereichen würde. Hier wurde gewissermaßen die Grundlage für die Entwicklung der Tarifverträge im Holzgewerbe gelegt. In der erwähnten Vereinbarung wird ausgesprochen, daß zur möglichen Vermeidung von Streiks und Aussperrungen die Zentralvorstände als Schlichtungsinstanz für solche Differenzen fungieren sollen, über welche eine Einigung unter den Parteien des Ortes nicht zustande kommt. Zu dem Zweck sollen die Zentralvorstände nach Bedarf gemeinsame Sitzungen abhalten, in welchen über lokale Differenzen, aber auch über Fragen allgemeiner Natur, welche die Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter im Holzgewerbe betreffen, eine Verständigung anzustreben ist. Dieser Vereinbarung sind bald darauf auch der christliche Holzarbeiter-Verband und der Hirsch-Dunckersche Gewerkeverein beigetreten.

Auf Grund dieser Vereinbarung haben im Laufe der Jahre eine ganze Menge gemeinsamer Sitzungen der Zentralvorstände stattgefunden. Nicht in allen Fällen ist es gelungen, die Streitfragen auf friedlichem Wege zu schlichten, aber im allgemeinen muß anerkannt werden, daß die gemeinsamen Sitzungen der Zentralvorstände sich als eine recht nützliche Einrichtung erwiesen haben. Als ein Uebelstand wurde es aber schon lange empfunden, daß in der Regel nur die nächstbeteiligten von der Entscheidung der Zentralvorstände Kenntnis erhielten. Des öfteren ist der Wunsch nach Herausgabe einer Sammlung der Entscheidungen der Zentralvorstände geäußert worden.

Diesem Wunsch ist nunmehr entsprochen worden. Die Broschüre: „Gesammelte Entscheidungen der Zentralvorstände über die Auslegung und Anwendung der Tarifverträge im Holzgewerbe“ ist von den beiderseitigen Zentralvorständen gemeinsam herausgegeben worden; als Herausgeber zeichnen E. Nahardt und Th. Leipart. Dieser Umstand gibt dem Inhalt ein größeres Gewicht. Nicht alle Entscheidungen, die von den Zentralvorständen gefällt wurden, sind in die Sammlung aufgenommen, sondern nur solche von grundsätzlicher Bedeutung. Der hauptsächlichste Zweck der Sammlung ist es, den örtlichen Schlichtungskommissionen als Wegweiser bei ihren Entscheidungen zu dienen. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, daß die Verträge überall in gleicher Weise ausgelegt werden. Das wird durch die Kenntnis der Entscheidung der Zentralvorstände gefördert und zugleich verhindert, daß diesen Fragen erneut vorgelegt werden, über welche sie bereits entschieden haben. Auch für die einzelnen Kollegen ist es nützlich zu wissen, welche Stellung die maßgebenden Instanzen zu den einzelnen Vertragsfragen einnehmen. Die Broschüre, welche im Buchhandel 30 Pf. kostet, wird deshalb an Verbandsmitgliedern für 10 Pf. abgegeben.

**Aus den Jahresberichten der Zahlstellen.**

Die Zahlstelle Bremen hat im Jahre 1913 eine Abnahme der Mitgliederzahl um 291 auf jetzt 3766 zu verzeichnen. Neben den eigentlichen Tischlern, die hier knapp die Hälfte der Mitglieder stellen, haben die Kistenmacher (für Packlisten und Zigarrentisten) mit 321 Mitgliedern und die Schiffszimmerer mit deren 317 besonders starke Branchen. Dazu stellen die Stuhlrohrarbeiter 219 männliche Mitglieder, und auch die vorhandenen 335 weiblichen dürften zum überwiegenden Teil diesem Beruf angehören. Die Stuhlrohrindustrie ist durch die Balkanwirren besonders ungünstig beeinflusst worden, da ihr Hauptabnehmer Oesterreich mit

seiner hochentwickelten Industrie der gebogenen Stühle ist. Das bedeutendste Ereignis im Leben der Zahlstelle war der Kampf mit den Werften, an dem ihre Schiffszimmerer, Schiffs- und Modellsticker beteiligt waren. Aus den Mitteln der Hauptkasse wurden dafür 40 000 Mk., aus der Lokalkasse weitere 23 000 Mk. aufgewandt, leider ohne einen Erfolg zu bringen. Unter den sonstigen Ausgaben der Zahlstelle stehen die Arbeitslosenunterstützung mit insgesamt 31 000 Mk. und die Krankenunterstützung mit 32 000 Mk. obenan. Bei der Lokalkasse steht einer reinen Jahreseinnahme von 66 597 Mk. eine Ausgabe von 77 221 Mk. gegenüber, so daß der Vermögensbestand angegriffen werden mußte, der aber auch jetzt noch auf 41 880 Mk. steht.

Die Zahlstelle Dresden vermag trotz des ungünstigen Wirtschaftsjahres von einer inneren Erstarung zu berichten. Trotzdem die Zahl der bestellten Arbeitsplätze erheblich geringer geworden ist, hat sie die Zahl ihrer Mitglieder vom Vorjahre nicht nur gehalten, sondern sogar noch um 17 erhöht. Das bedeutet in der Praxis, daß von den Beschäftigten heute ein größerer Prozentsatz als früher organisiert ist. Ende 1913 hatte die Zahlstelle 5849 Mitglieder, dabei 55 weibliche und 42 jugendliche. Außer mit diesen jugendlichen Arbeitern, die Mitglied des Verbandes sind, befaßt sich aber die Zahlstelle auch ständig mit den Lehrlingen. So unternahm ihre Jugendabteilung im Sommer einen gemeinsamen Besuch des Zoologischen Gartens, bei dem 180 jugendliche auf Rechnung der Zahlstelle freien Eintritt erhielten, was dieser allerdings den besonderen Eifer des Innungsvorstandes eintrug. Weiter wurde den jugendlichen der kostensfreie Besuch einiger belehrenden Lichtbildervorträge ermöglicht. Ueber die Arbeitsvermittlung wird erfreulicherweise im Bericht festgestellt, daß das bestehende Umschauverbot im allgemeinen beachtet wird. Die Zahlstelle unterhält einen Arbeitsnachweis für alle Branchen, der es im Jahre 1913 auf 1255 Vermittlungen bei 4519 Arbeitssuchenden brachte. In der Tischlerei ist der beiderseitig anerkannte Arbeitsnachweis der Innung mit 1052 besetzten Stellen dem des Verbandes mit deren 615 voraus, ebenso verhält es sich bei den Stellmachern. Die außerordentliche Dauer der Arbeitslosigkeit einzelner hat die Zahlstelle veranlaßt, den Ausgesteuerten für die Zeit vom 12. Januar bis Ende Mai 1914 eine fünfjährige Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung aus lokalen Mitteln zu bewilligen. Trotz erheblicher Unterstützungsleistungen konnten dem Vermögen noch fast 5000 Mark zugeführt werden, so daß dieses jetzt 155 048 Mk. beträgt.

Die K. B. L. n. e. r. Zahlstelle gehört zu den wenigen, die über praktische Erfahrungen mit einer städtischen Arbeitslosenversicherung zu berichten wissen. Sie stellte zur städtischen Versicherungskasse die zweitgrößte Gruppe der Versicherten, bezog aber aus dieser beinahe ebensoviel als der mehr als doppelt so starke Metallarbeiter-Verband. Die Beiträge der Zahlstelle an diese Rückversicherung betrugen im Geschäftsjahre Juli 1912 bis Juni 1913 insgesamt 2238 Mk., während diese 6861 Mk. an Unterstützungen leisteten mußte. Dagegen hatte die Zahlstelle des christlichen Verbandes bei 1057 Mk. Beiträgen nur 1001 Mk. Unterstützung in Anspruch genommen, was sie in ihrer Presse auf die höheren Qualitäten ihrer Mitglieder zurückzuführen suchte. Demgegenüber hat unsere Zahlstelle schon früher auf die eigenartigen Vermittlungspraktiken des christlichen Arbeitsnachweises — seine Leute um und zu jedem Preis in Arbeit zu bringen — hingewiesen. Im Jahresbericht bringt sie nun noch eine weitere Erklärung für die günstigeren christlichen Zahlen: die Christen haben in den am meisten gefährdeten Berufen, wie z. B. Kartellleger und Bergolber, fast gar keine Mitglieder, und in anderen, wie z. B. bei den Modellsticker, sitzen ihre Leute vorwiegend in den stabileren Großbetrieben der Eisenindustrie, während die unseren in den reinen Modellstickerbetrieben überwiegen, in denen aber Konjunkturschwankungen weit heftiger nachwirken. Durch die städtische Beihilfe fiel natürlich die durchschnittliche Unterstützung des einzelnen Arbeitslosen etwas höher als sonst aus. Für 18 121 Tage wurden insgesamt 33 128 Mk. gezahlt, von welchem Betrage 15 683 Mk. auf die Hauptkasse entfielen. Außer ihrem Anteil hieran gewährte die Zahlstelle noch 886 Mk. an einmaliger Unterstützung zu Weihnachten. Außerordentlich hoch sind auch die lokalen Leistungen auf dem Gebiete der Krankenunterstützung, wurden doch zu den 14 442 Mk. aus der Hauptkasse noch 21 179 Mk. lokale Zuschüsse gezahlt. Das Vermögen ist infolge der außerordentlichen Leistungen auch hier etwas zurückgegangen und beträgt jetzt 45 647 Mk. Die Mitgliederzahl weist ebenfalls einen kleinen Rückgang auf, und zwar von 2320 auf jetzt 2187, eine Erscheinung, der diesmal fast alle Großstädte unterworfen sein werden.

Die ungünstigen Wirkungen der Wirtschaftslage haben sich in Stuttgart in einer dort ungewohnten empfindlichen Weise geäußert. Die Arbeitsverhältnisse sind dort in der Regel besonders stabil. In der Möbelindustrie gerieten im Jahre 1913 allein fünf Fabriken in Konkurs, die Zahl der in dieser insgesamt Beschäftigten sank von 1502 auf 1072. Zugänglich der anderen Branchen wird das Weniger der Beschäftigtenziffer für den ganzen Ort auf rund 600 Personen angegeben. Das konnte natürlich auf die Mitgliederzahl nicht ohne Einfluß bleiben, und zeigt diese denn ein Sinken um 373 auf jetzt 4138. Infolge der Aussteuerung vieler Mitglieder wurde beschlossen, den Beitrag von 80 auf 90 Pf. die Woche zu erhöhen, um als Ausgesteuertenunterstützung die Höhe der Hauptkasse auf zwei weitere Wochen zahlen zu können. Diese Wehrleistung erforderte 3044 Mk., während die gesamte Unterstützung der Arbeitslosen (aus Haupt- und Lokalkasse) 35 462 Mk. gegen 6635 Mk. im Jahre 1912 kostete. Zu der Summe für 1913 kommt aber außerdem noch ein Betrag von 6542 Mk. als Zuschlag aus städtischen Mitteln, so daß die 1117 arbeitslosen Kollegen insges. mit 42 004 Mk. an Unterstützung bezogen. Auffallend hoch sind auch die Ausgaben für Krankenunterstützung, die 24 091 Mk. (1912: 27 023 Mk.) erreichten. Die Zahlstelle erstreckt sich jetzt auf ein ziemlich großes Gebiet und umfaßt, außer dem Gemeindebezirk Stuttgart, die Ortshäfen Böblingen, Fellbach, Hofen, Münster, Botnang, Waihingen und das Gebiet der leitherigen Zahlstelle Feuerbach.

## Gewerkschaftliches.

### Organisationszwang.

Der Organisationszwang ist in der bürgerlichen Welt gang und gäbe. Die Unternehmerorganisationen haben vielfach den Organisationszwang zur Voraussetzung; Betriebsunternehmer, die sich den für ihre Branche bestehenden Trusts oder Kartellen nicht anschließen wollen, werden von ihren kollektierten Berufsgenossen solange kufoniert und geschädigt, bis sie mitrbe geworden sind. In allen Gewerkschaftsklassen gilt der Außenseiter, der sich von den Bestrebungen seiner Berufs- oder Standesgenossen ausschließt, als minderwertiger, den die allgemeine Verachtung trifft. Was aber bei allen anderen Gesellschaftsklassen als selbstverständlich angesehen wird, gilt als schweres Verbrechen, wenn es von den Arbeitern geübt wird. Die Konstruktion, daß der Arbeiter, der seinen Kollegen veranlaßt, der Organisation beizutreten, damit bezweckt, dieser Organisation in Gestalt der Beiträge einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zuzuführen, und sich deshalb der Erpressung schuldig gemacht hat, ist eine Schmach für die deutsche Justiz. Aber solche, das Rechtsgefühl auf das gräßlichste verletzende Erpressungsurteile wiederholen sich immer wieder.

Von interessierter Seite wird es gern so hinzustellen versucht, als ob der „Terrorismus“ bei der Werbung von Mitgliedern nur in den freien Gewerkschaften zu finden sei. In Wirklichkeit ist aber gerade hier ein wirklicher Terrorismus äußerst selten, und wenn man die Fälle von angeblichem Terrorismus, über welche so viel Geschrei vollführt wird, näher prüft, dann wird man in der Regel finden, daß harmlose Vorfälle ungebührlich aufgebauscht wurden, wenn die Geschädigten nicht ganz erfunden sind. Kürzlich hat das Schöffengericht zu Waldenburg in Schlessen eine Entscheidung gefällt, in der es heißt:

„Es ist gerichtsnotorisch, daß Leute, die gewissen Verbänden nicht angehören, schwer Arbeit erhalten resp. diese bald wieder verlassen müssen.“

Mit dieser Entscheidung, die sich gegen die freien Gewerkschaften richtet, sind aber nicht diese getroffen, sondern nur die Objektivität des Gerichts, welches solche unbewiesbare Behauptungen als gerichtsnotorisch bezeichnet. Es handelte sich hier um einen überbelegumündeten Maurer, der angeklagt war, sich der Unterhaltungspflicht gegen seine Familie entzogen zu haben und der sich damit herausredete, daß er keine Arbeit erhalten könne, weil er nicht Mitglied des Bauarbeiter-Verbandes sei. Tatsächlich wurde er auch mit der wiedergegebenen Begründung freigesprochen.

Wenn man den Dingen auf den Grund geht, wird man finden, daß organisierte Arbeiter viel häufiger Objekte als Subjekte des Organisationszwanges sind. Es sei hier nur an das Urteil des Amtsgerichts Augustsburg in Sachen des Spielwarenfabrikanten Paul Leonhard in Eppendorf in Sachsen erinnert. Das Gericht bestätigte dem Unternehmer, daß sein gegen die Arbeiter gerichtetes Verbot, der Organisation anzugehören, ein durchaus berechtigtes Mittel sei, da „nicht der Arbeiter, sondern vielmehr der Arbeitgeber der wirtschaftlich Schwächere ist“. Es bleibt aber nicht bei dem Verbot der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft; seitdem die gelben Schmarotzer aufgetaucht sind, mehren sich die Fälle, in welchen Arbeiter vor die Wahl gestellt werden, aufs Pfahler zu fliegen oder durch Beitritt zum gelben Herdverein ihre Ehre preiszugeben. In letzter Zeit sind mehrere besonders drastische Fälle dieser Art bekannt geworden. So ist der „Freien Presse“ in Elberfeld der Brief eines Bauarbeiters zugegangen, in dem es heißt:

„Ich war seit einem Jahre in dem Werke der Firma Jäger u. Co. in der Barresbed als Fabrikmaurer beschäftigt. Am Sonnabend, den 3. Januar, vormittags, fragte mich der Meister Schloßherr, ob ich nicht in den (gelben) Werkverein eintreten wolle. Als ich das verneinte, erklärte mir der „Herr“, dann müßte ich aufhören. Höchst „human“ gestattete man mir noch „Bedenkzeit“ bis zum Montag. Als ich auch da noch nicht zu Kreuze gekrochen war, erhielt ich meine Entlassung. Mit mir traf noch zwei Maurer dasselbe Los.“

Auf dem gleichen Gebiet hat sich die Firma „Thüringer Schlauchweberei und Gummiwerke“ in Waltershausen betätigt. Das Vorgehen dieser Firma zeigt zugleich, wie die Gelben zu ihren Mitgliedern kommen. Die Verwaltung der Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes hat von leitherigen Mitgliedern des Verbandes, die zu den Gelben „übergetreten“ sind, interessante Briefe erhalten. Einer von diesen Arbeitern schreibt:

„Werter Kollege! Verzehne meinen Schritt, aber es blieb kein anderer Ausweg, man drohte mit sofortiger Entlassung, wenn ich nicht beitrete.“

Ein anderer Brief lautet:

„Werter Kollege! Nicht genug, daß die Koalitionsräuber mir meine zehnjährigen Rechte in der freien Gewerkschaft raubten, sie trauen ihrem Machwerk (der gelben Gründung, O. R.) selbst nicht, sie wollen weiter eine schriftliche Erklärung haben, daß ich schuldlos (d. h. aus dem Verbanne ausgetreten) bin, wenn ich dort überflüssig werde. . . . Rechtlich hat dieser Schein keine Bedeutung, indem er mir erpreßt wurde.“

Ein weiterer Brief besagt:

„Auch ich bin nun gelb wie eine Zitrone; wer hätte es je für möglich gehalten, daß ich als alter Knabe noch so anlaufe. Aber Tag für Tag wurde ich gequält, ein mal nach dem anderen wurde so auf die Brust gekniet, da sagte ich mir denn auch: Na dann (fahre) hin, du Schein der Echtheit, begeben dich im Pf. . . . der Dr. . . . Es wird auch wieder Frühling werden.“

Abwärts lauten eine Anzahl weiterer Briefe. Man kann es den Leuten nachfühlen, daß sie sich nur zähneknirschend, aus Rücksicht auf die sonst dem Hunger überantwortete Familie in das gelbe Joch gefügt haben. Aber was sagen unsere Behörden, was sagen jene guten Leute, die sich so über den sozialdemokratischen Terrorismus entrichten, zu solchem Organisationszwang? Daß irgendwo ein Staatsanwalt eingreift und in dem Zwang zum Beitritt in die gelbe Organisation eine Erpressung erblickt, ist

natürlich ausgeschlossen. Bekanntlich ist die Staatsanwaltschaft die objektivste aller Behörden. Sie schreitet unbarmherzig gegen jede Gesetzesverletzung ein. In den Augen der Staatsanwälte ist aber der Organisationszwang, wenn er im Interesse des Unternehmertums erfolgt, keine Gesetzesverletzung und damit muß man sich eben abfinden.

Eine Statistik über die Lebenshaltung der Mitglieder veranstaltet der Zimmerer-Verein. Eine Umfrage hat ergeben, daß 840 Mitglieder, die sich auf 269 Orte verteilen, ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, an dieser Arbeit mitzuwirken. Der Verbandsvorstand wird das erforderliche Material ausgeben, in welches die Teilnehmer, vom 1. März beginnend, ihre Einnahmen und Ausgaben sorgfältig eintragen müssen. Eigentlich sollte man erwarten, daß alle Arbeiter über ihre Einnahmen und Ausgaben fortgesetzt Buch führen, tatsächlich findet man jedoch eine solche Haushaltsbuchführung äußerst selten durchgeführt. Deshalb ist es auch so schwer, eine zahlenmäßige Uebersicht über die tatsächliche Lebenshaltung der Arbeiter zu gewinnen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Mitglieder des Zimmerer-Verbandes, die sich zur Durchführung des Experimentes zur Verfügung gestellt haben, auch durchhalten. Eine Statistik der Lebenshaltung, die sich auf eine so große Zahl von Mitarbeitern stützt, die sich dazu noch auf das ganze Reich verteilen, kann wertvolle Ergebnisse liefern.

Wegen Beleidigung von Streikbrechern verurteilt wurden am 21. Februar der Vorsitzende und Redakteur des Verbandes der Kupferschmiede, Saube, und dessen Hamburger Geschäftsführer Kühne. Letzterer hatte während des vorjährigen Werftarbeiterstreiks in einer öffentlichen Versammlung zu Stettin die nach dort zur Arbeit gekommenen Monatslöhner der Vulkanwerft als „Streikbrecher“ bezeichnet. Saube hatte einen Bericht über diese Versammlung, der drei solche Sünder namentlich bezeichnete, in das Verbandsorgan aufgenommen. Die drei also Bekennendeneen erhoben Beleidigungsklage. Das Schöffengericht kam zur Freisprechung, dagegen fand das Landgericht in dem „Streikbrecher“ eine Beleidigung, welche die beiden Angeklagten nun mit je 30 Mk. Geldstrafe sühnen sollen.

## Eingefandt.

### Zur Agitation unter den Korlarbeitern.

Neuerst selten kommt es vor, daß in unserem Verbandsorgan Fragen aus dem Berufsgebiete der Korlarbeiter behandelt werden, während in der Rubrik „Lohnbewegung“ das Wort „Kork“ überhaupt nicht mehr zu finden ist. Ist dieser Zustand für die Kollegen, die in einzelnen Städten, wie Hamburg, Breslau usw. in Sektionen zusammengefaßt sind und hier kollegialen Verkehr sowie auch Gedankenanstausch über Branchenangelegenheiten pflegen können, einigermaßen erträglich, so aber nicht für diejenigen, die einzeln in den verschiedenen Verbandsorten wohnen und von der Außenwelt unserer Branche so gut wie abgeschlossen sind. Die Eigenart unseres Berufes sowie eine gewisse Isolierung von anderen Berufsgruppen haben es bewirkt, daß sich in uns Korlarbeitern ein gewisser „Berufsstolz“, oder richtiger gesagt, das Gefühl einer fast familiären Zusammengehörigkeit eingewurzelt hat. Daraus erklärt es sich, daß man sich förmlich freut, wenn man etwas von seinen Berufskollegen hört und das Wort „Korkbranche“ in der „Holzarbeiter-Zeitung“ geradezu verwandtschaftliche Gefühle in uns auslöst. Leider sind die Organisations- wie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Korlarbeiter so traurig, daß man in der Öffentlichkeit keinen Staat damit machen kann. Doch könnten immerhin kurze Berichte aus den Sektionen, wie auch Abhandlungen aus der Korkbranche in unserem Verbandsorgan veröffentlicht werden. Derartige Erörterungen über unsere Branchenangelegenheiten hätten das Gute, daß die „Einzelsollegen“ einen Zusammenhang mit der Gesamtheit erhielten und dadurch nicht so leicht „fahnenflüchtig“ würden. Sodann ist es auch dringend nötig, daß unser Zentralarbeitsnachweis wieder die Bedeutung erhält, die er früher bereits hatte. Hierbei müßte man wieder zu den Magazinen greifen, die der „Korlarbeiter-Verband“ — seligen Andenkens — bei Gründung desselben angewendet. Es müßten wieder wie damals, den Korkfabrikanten durch Zirkular das Bestehen des Arbeitsnachweises mitgeteilt und zur Benutzung empfohlen werden. Weiter würde es sich empfehlen, wenn die Zentralkommission sich mit den einzelnen Kollegen, ebenso mit den derzeitigen Sektionsleitern in Verbindung setzte, um eine direkte Verbindung mit ihnen anzuknüpfen. Die direkte Verbindung mit der Zentrale würde zur Folge haben, daß Agitationsmaterial, statistische Fragebogen und dergleichen direkt in die Hände der Interessenten gelange und zweckentsprechend behandelt würde. Daß die Kollegen verpflichtet sein müßten, Adressen- und Wohnortsveränderungen umgehend der Zentrale mitzuteilen, ist selbstverständlich. Nach meiner Auffassung ist es nach Lage der Sache nur auf diesem Wege möglich, die Agitation unter den Korlarbeitern zu beleben und auf eine Befestigung der bestehenden Verhältnisse hinzuwirken. R. Meve.

## Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Mühlischen Park 2, bezogen werden.

Frauenwahlrecht lautet der Titel der illustrierten Agitationszeitung, welche aus Anlaß des Frauentages am 8. März von der Redaktion der „Gleichheit“ (Klara Zeitlin) herausgegeben wurde. Der Preis des 16seitigen Blattes beträgt 10 Pf.

Aus Americas Arbeiterbewegung. Von Karl Legien. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Preis broschiert 1,75 Mk., geb. 2 Mk.

Der Vorsitzende der Generalkommission gibt in dem vorliegenden Buche einen Bericht über die Vortragsreise, die er im Jahre 1912 durch die Vereinigten Staaten unternommen hat. Legien hat auf dieser Reise Wert darauf gelegt, Einblick in die gewerkschaftliche und politische Arbeiterorganisation Americas zu gewinnen und dabei Beobachtungen gemacht und Erfahrungen gesammelt, welche für die deutsche Arbeiterbewegung von besonderem Interesse sind. — Wir werden auf den Inhalt des Buches noch eingehender zurückkommen.

Versammlungs-Anzeigen.

Essen a. Ruhr. Parzellier. Sonntag, den 8. März, vorm. 10 1/2 Uhr, Sektions-Versammlung...

Anzeigen.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2. Umschauern und schriftliche Anfragen beim Unternehmer...

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle: Hamburg. Sonnabend, den 7. März 1914 Frühlings-Feier in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses...

Intellig. Vorarbeiter für Klosettziehe

wird von einer Holzindustrie in Österreich-Ungarn aufgenommen. Offerten unter Holzindustrie 5573 an Rudolf Wosse, Wien, I. Seilerstätte 2, erbeten.

Als Sozius

wird Instrumentenbauer oder Tischler von gut eingerichteter, schlesischer Pianofabrik gesucht. Einlage 5. bis 10 000 Mark.

Einige tüchtige Polierer per sofort gesucht. Oskar Knochel Nachf., Stadtfabrik Rassel, Moltkestr. 5.

Junger tüchtiger Beizer u. Polierer, der vor kurzem die Beizer- u. Poliermeisterschule in Cöthen absolviert hat, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, anderweitig Stellung als Vorarbeiter od. Meister.

Stellung sucht junger tüchtig. Tischler, der auch Zeichnungen u. Skizzen anzufertigen versteht, in größerer Bau- oder Möbelwerkstätte in Magdeburg oder anderer Stadt Mitteldeutschlands.

Tücht. Perlmuttergraveur und Schleifer

wird für dauernde Stellung gesucht. Off. mit Lohnansprüchen zu richten an Theo Warnecke & Co. Knopffabrik Helmarshausen (Kr. Hofgeismar).

verlangt Werkzeug-Liste von L. Fogelberg & Co., Wikkath 9.

2 Korbmachergefellen auf Wäsche- u. Reiseförbe und einer auf gr. Kartoffelförbe stellt sofort ein G. Berndt, Korbmachermeister Rensal z. a. d. Oder.

Auf Wunsch Kost und Logis im Hause. Suche per sofort einen tüchtigen Korbmacher für Peddigrohr-Möbel. Nur solche, welche an selbständige Arbeit gewöhnt sind, wollen sich melden.

August Raumann, Herford i. Westf., Rennstr. 46/48.

2 tüchtige Korbmachergehilfen für Flechten und Schwingen gesucht bei Robert Hörig, Rabenstein-Dresden.

2 Korbmacher auf Grüngeschlagen sucht in dauernde Stellung Fr. Ulrich, Korbmachermeister, Perleberg.

2 Korbmachergefellen

1 zu Gestell, 1 zu getreuzten Weidenstühlen. D. Kintopf, Kopenhagen, Solbjørnsengade 12.

4 Gesellarbeiter sofort gesucht Wochenlohn 30 Frk., Alford bis 45 Frk., billiger Unterhalt. Keine vergütet. E. Samba, Mechelen, Provinz Antwerpen, Sovenerstraat 39. (Belgien.)

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Rohr- möbel u. Korbmacher auf geschlagene Arbeit für sofort gesucht. Joh. Walterweid, Bergkeiserstr. i. Westf. Korbwaren- und Rohrmöbelfabrik.

Gesucht 1 Korbmacher auf Mattarbeit. Ludwig Behnen, Trittau i. Holst.

Korbmacher

Suche per sofort tüchtigen Korbmacher auf Geschlagenes. Ernst Winkelman, Darmen, Allee 180.

Korbmachergefelle gesucht.

Ein gelbter Möbelerbeiter bekommt sofort dauernde Arbeit auf gekreuzte Stühle aus Weiden. Zahlung nach dem Arbeitertarif der Korbmachergefellen.

H. J. Andersen, Kurvemager Kolbing, Norddebanen 8.

Korbmacher auf Geschl. u. Rohr gesucht, höchster Alford oder Wochenlohn. S. Wandewig, Delbert (Hrb.).

Ein Korbmacher auf Großgeschl. sucht sof. Otto Lange, Korbmacher Springe (Ham.).

Gesucht ein tüchtiger Bürstenmacher, der in allen Arbeiten bewandert ist und selbstständig arbeiten kann. Lohn 8 M. Kost und Logis im Hause. Frau Schacht, Ww., Pinneberg (Holstein).

Ein ordentlicher, tüchtiger Bürstenmachergefelle findet sofort angenehme Beschäftigung bei Ferdinand Simon, Bürstenmachereistr., Rogafen i. Posen.

Tischlerei und Drechslerei m. elektr. Betrieb, altershalber preisw. z. ver. Zu erst. bei Löwe, Berlin, Camphausenstr. 26.

Amerik. Werkzeug-Neuheiten.

Patent-Schraubenzieher Original Nr. 30, ausgezogene Länge 50 cm, mit 3 Allingen à 4,50 M. Schabbellet Nr. 80, mit 1 Esh. 70 mm breit à 2,25 M.; Reform-Bughobel mit Garantie 1 a 5,25 M.; Reformhobel 1 a Stahl, 80 mm br. à 60 Pf.; 6 Esh. Distanz-Geschlitten à 30 Pf., 6 Stk. 1,50 M.; Bohrwinden m. Kugellager à 1,50 M. Verlangen Sie sofort gratis.

Komplette Tischlerei-Einrichtung

Bandsäge, 800 mm Rollendurchmesser Hobelmaschine, 600 mm Hobelbreite Abrichtmaschine, 400 mm Schwere Fräse, mit Apparaten u. Werkzeugen für Tischlerei Schwere Tischkreissäge Pendel- und Abkürzsäge Langlochbohrmaschine Messerschleifmaschine alles Fabrikat Riefling, mit Transmission, Riemen, Wärmplatte, Elektromotor, billig - eventl. auch einzeln - zu verkaufen. Hirsch & Co., Maschinenfabrik, Berlin N. 65, Müllerstr. 30.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel

liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70.

Organisationsfragen

der Hartgummidrechsler Verhandlungen der Reichskonferenz der Hartgummidrechsler zu Berlin am 28. und 29. Dezember 1913.

48 Seiten. Preis 30 Pf. Vorzugspreis für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 10 Pf.

Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.

Berlin SO. 16 :: Am Köln. Park 2.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 14. Februar bis Freitag, 20. Februar 1914.

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Table with columns for Ort, Berufszweig (Tischler, Möbelschm., Maschinenar., Polierer, Drechsl., Sonstige Branchen), and Ausges. (A, B, C). Rows list Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eisenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, and Zusammen Bor. Woche.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H. in Berlin SO. 16.

Moderne Büromöbel kräftige, solide Konstruktion unter Verwendung bester Materialien. Rheinsisch-westfälische Holzindustrie G. m. b. H., Dortmund. Feinste Referenzen aus Partel- und Gewerkschaftskreisen.

Nobelbänke in allerbest. Ausf., un- übertr. in Qual., mit eiferter Zangenfähigk. u. Stahlspindeln. Länge: cm 170 180 190 200 230. Preis: M. 55 56 58 60 63. Billige Normal-Cylinderhobelbank. Länge: cm 100 170 190 200 230. Preis: M. 88 90 40 42 45.

Der praktische Modellzeichner. Zweite vollständig erweiterte und verbesserte Auflage. Hilfsbuch zur Anfertigung von Modellen und Schablonen für Eisen, Stahl und Leichtmetall. Das Buch enthält Anleitung zur Herstellung der Modelle und Schablonen zu einfachen bis den kompliziertesten Objekten mit 200 Figuren im Text, sowie viele wichtige Tabellen und Ratssätze für Modellzeichner.

Patent Broschüre über Selbstanmel- dung\* gratis v. K. Berbig, Hannover, Alsbürgerdamm 77.

Staatlich unterstügte kunstgewerbliche Tischlerschule Blankenburg N. 2. Programm frei. Beste Schule zur Ausbildung als Maschinenmeister, Beilmester, Kalkulator. Kursdauer 4 Wochen. Meisterprüfung nach 3 Monaten. Bewährte Ausbildung als Werkführer, Zeichner, Zeichner und Fachlehrer.

Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen. Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamten. Programm kostenlos durch die Direktion.

SEIT 20 JAHREN nicht die Fachschule Detmold an der Spitze der Tischler-Fachschulen. Ausw. frei. Silbermedaille, Paderborn.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstkl. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt m. Handelskursen. Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche. - Im 8. Schuljahr erhielten 69 Schüler Stellung.

Thüringische Tischler-Fachschule Ilmenau. Schnelle und sichere Ausbildung. DIREKTION: Architekt Kallsen.

Lokalbeamter gesucht!

Die Stelle eines Lokalbeamten in Essen-Ruhr ist ab 1. April 1914 neu zu besetzen. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre dem Verband angehören. Reflektiert wird auf einen Kollegen, der rednerisch und agitatorisch befähigt und mit den Verhältnissen im rhein.-westfälischen Industriegebiet besonders vertraut ist.

Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Verbandstage. Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit mit der Aufschrift 'Bewerbung' bis 7. März d. Js. zu richten an Karl Dorowski, Essen-Ruhr, Amahr. 88.

Tüchtler als Werkmeister

Suche per sofort oder später tüchtigen Tüchtler als Werkmeister mit ca. 6- bis 8000 Mk. eventl. später Gehaltsübernahme. Offert. unter L. F. 9261. Rudolf Wosse, Leipzig.

Bei Führer Richter u. Schlaichmacher erfragen sowie mit Maschinen vertraut, sucht Stellung. Offert. unter L. F. 927 an die Exp. dieser Zeitung. Zwei Tüchtler auf Sockeltische sofort gesucht. Reichsleitung Hannover. S. Gies, Tischlerei mit Kraftbetrieb Soberan, Kiedig.

Tüchtiger Tischler für Rahmenmöbel sowie ein erfahrener Meißenschleifer, der auch mit geschlachten muß, gesucht. Rich. Friedrich Nachf., Laffan Rt. Greiöwald.